

Politische Notizen.

Mecklenburg-Bauern gegen den Großgrundbesitz.

Bei den Vorbereitungen zur Landtagswahl in Mecklenburg macht sich die Bewegung der Bauernschaft gegen den Großgrundbesitz stark geltend. Die Bewegung erhält dadurch innere Kraft, daß sie sich mit historischen Argumenten wappern kann, denn die mecklenburgische freie Bauernschaft ist am Anfang des 17. Jahrhunderts systematisch bis zur Verleibung herabgegründet worden und erst das letzte Jahrhundert hat die Wiederbelebung der Bauernschaft in Mecklenburg erreicht. Jetzt wenden sich die mecklenburgischen Bauern gegen die feuerliche Überbelastung des Mittel- und Kleinbesitzes zugunsten der Großgrundherren, die unter der Regierung der Reichsparteien groteske Formen angenommen hat. In einer Bauernvereinsammlung in Ludwigslust propagierte ein volksparteilicher Abgeordneter die Zusammengehörigkeit von ritterlichem Großgrundbesitz und Bauernschaft, fand damit aber nicht den geringsten Anklang. Dagegen können die Einkäufer der Landtagswahl für den Mittel- und Kleinbesitz gegenrecht gewirkt hat. Die Rechte hat sich allerdings mit Unterstützung der Deutschen Volkspartei der Sabotage dieser Arbeit schuldig gemacht. Das haben sich die Bauern für die kommenden Wahlen gemerkt.

„Obert und Rathenau sind Schweine“

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte einen Sekretär *U e r m a n n* wegen Vergehens gegen das Republikanengesetz zu vier Monaten Gefängnis unter bedingter Begnadigung und unter Aufsehung einer Geldstrafe von 400 Mark.

Der Angeklagte war vor Monaten im Sekretär einer dem preussischen Innenministerium unterstellten Organisation ernannt und durch Handschlag als mittelbarer Organisator verpöndelt worden.

Ans Freunde über die erfolgte Ernennung veranstaltete er in einer größeren Konföderation eine Fete, die sich von mittags bis spät abends ausdehnte. In vorgerückter Stunde und in armerlicher Stimmung ließ er plötzlich in das Lokal hinein: „Obert und Rathenau sind Schweine.“

Frage: Warum werden antirepublikanische Beamte in solche Stellungen gebracht? Hat denn die Republik so wenig zuverlässige Beamte? Das Innenministerium hat man hier wieder sehr schlecht beraten.

Grundloser Vorstoß gegen den Königsberger Oberlandesgerichtspräsidenten.

Für ihre demagogische Feße haben die Deutschnationalen fasten einen neuen beschreibenden Beitrag geliefert. Bei der Beratung des Justizrats im Preussischen Landtag richtete der deutschnationalen *W. v. Seelmann-Eggebert* heftige Angriffe gegen den neuernannten Königsberger Oberlandesgerichtspräsidenten *Krueger*, erklärte ihn für unfähig und legte namens der ostspreussischen Richter eine Verabredung gegen seine Berufung ein. Er erklärte, daß diese Personalbeziehung ein dunkler Punkt in der Ministerialität des neuen preussischen Justizministers *Schmidt* sei. Der Minister antwortete sofort und betonte die sachliche Eignung des neuen Oberlandesgerichtspräsidenten sei über allem Zweifel erhaben und von keiner Stelle seines Ministeriums jemals in Frage gezogen worden. Im übrigen habe aber der Reichsjustizminister *Herz*, der ja bekanntlich auch demagogisch ist, bei der Freigabe des bisherigen Reichsgerichtsrats *Krueger* aus dem Reichsdienst für die Verwendung im preussischen Staatsdienst ausdrücklich erklärt, daß er *Krueger* für die Stelle des Oberlandesgerichtspräsidenten in Königsberg für geeignet halte. Justizminister *Schmidt* wies deshalb die Angriffe gegen *Krueger* entschieden zurück.

Steuereinnahmen des Reiches vom 1. 4. 1926 bis 31. 3. 1927 (Reich).

Die Steuereinnahmen des Reiches verteilen sich wie folgt: abgerundet in Millionen Mark.

Einkommensteuer	1 158.—
Körperschaftsteuer	391.—
Steuerabzug vom Arbeitslohn	1 094.—
Verkehrssteuer	359.—
Gebührensteuer	34.—

Aus der Arbeit der demokratischen Landtagsfraktion

Aktion zugunsten der Versorgungsämter.

Die große Mehrheit des Preussischen Landtags hatte am 6. April einen Entschliessungsantrag angenommen, der die möglichst schleunige Vorlegung eines Kommunalbeamtenengesetzes verlangt, mit dem Ziel, daß dadurch einmal eine Sicherung und Stärkung des Gemeinwesen entstehen erreicht wird, und daß sodann die Gemeinwesen angehalten werden, grundbesitz alle dafür geeigneten Stellen in Beamtenstellen umzuwandeln, insbesondere die Dauerangestellten in das Beamtenverhältnis zu überführen.

Unnütz hat die demokratische Fraktion des Preussischen Landtages zur Ergänzung einen Entschliessungsantrag eingebracht, der die Interessen der Versorgungsämter besonders maßnimmt. Es wird darin beantragt: „Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu eruchen, bei Durchführung der in dem Beschluß vom 6. April geforderten — oben mitgeteilten — Maßnahmen das Anteilverhältnis der Versorgungsämter zu den Zivilbeamten zu berücksichtigen. Ein Ausgleich gemäß § 46 der Angestellten-Grundbesitz (Grundbesitz für die Anstellung der Inhaber eines Versorgungsamtes) ist in der Weise zu schaffen, daß nach erfolgter Umwandlung von Dauerangestelltenstellen in Beamtenstellen alle freierwerbenden Stellen solange in ununterbrochener Reihenfolge mit Versorgungsämtern besetzt werden, bis das Anteilverhältnis in allen in Frage kommenden Berufsgruppen wieder hergestellt ist.“

Vollendung des Mittelkanals und Kanalisierung der Weser.

Die demokratischen Abgeordneten *Barteld* (Sachsen), *Dr. Bohner*, *Merten* und *Falt* haben namens der Landtagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei folgenden Antrag im Preussischen Landtag eingebracht:

Der Reichstag hat im Reichshaushalt die vorgeesehenen Mittel für die Vollendung des Mittelkanals erheblich gekürzt und die Mittel für die Kanalisierung der Weser ganz gestrichelt. Demgegenüber hat der Reichsverkehrsminister *Dr. h. c. Koch* am 8. Mai auf der Verbandversammlung des Verkehrsverbandes Niedersächsischer Kanal dargelegt, wie unwirtschaftlich diese Streichung sei, und daß in den Gesamtkosten für den Mittelkanal durch Verlängerung der Bauzeit keine Ersparnisse eintreten, so wie daß die Kanalisierung der Weser zur Gewinnung des Speisungswassers für den Mittelkanal unbedingt erforderlich sei, wenn man nicht auf die Hargenwässer zurückgreifen wolle, wogegen vom Standpunkt der Landwirtschaft aus ernste Bedenken bestehen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß jede Verlängerung der Bauzeit des Mittelkanals wirtschaftlich und finanziell nachteilig ist.

In dem starken Mangel der Arbeitslosenziffer zeigt sich eine erhebliche Belastung der Wirtschaft. Infolge dessen werden nicht nur die Ausgaben für Arbeitslosenzurückführung sinken, sondern auch die Steuerentnahmen des Reiches erheblich zunehmen, jedoch auch mit Rücksicht darauf eine Verzögerung in dem Ausbau des Mittelkanals und die Streichung der Mittel für die Kanalisierung der Weser aus finanziellen Gründen nicht berechtigt ist.

Der Landtag wolle daher beschließen, das Staatsministerium zu eruchen, sich gegenüber der Reichsregierung sofort mit allem Nachdruck dafür einzusetzen, daß durch einen Nachtragshaushalt alsbald

1. weitere 50 Millionen Reichsmark für die Vollendung des Mittelkanals und
2. die erforderlichen Mittel für die Kanalisierung der Weser angefordert werden.

Ueber das Ergebnis der Verhandlungen mit der Reichsregierung ist dem Landtag zu berichten.

Aus der Arbeit der demokratischen Reichstagsfraktion

Gegen die Erhöhung des Portos!

Interpellation der demokratischen Reichstagsfraktion. Die Demokratische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

Nach Mitteilungen in der Öffentlichkeit beschließt das Reichspostministerium, den zukünftigen Stellen eine Erhöhung des Fernbriefpostens von 10 Pfennig auf 15 Pfennig vorzuschlagen. Obwohl amtliche Mitteilungen darüber noch nicht veröffentlicht worden sind, ist wohl anzunehmen, daß damit gleichzeitig auch eine Erhöhung des Portosatzes für Ortsbriefe, Postkarten usw. verbunden ist.

Die Erhöhung des Portosatzes um durchschnittlich 50 v. H. bringt eine Mehrbelastung für die Wirtschaft, die 300 Millionen Mark im Jahr erheblich übersteigt. Dabei scheint nach den bisherigen finanziellen Ergebnissen der Reichspost eine dringende Notwendigkeit zu dieser Maßnahmen nicht vorzuliegen. Die Erhöhung der Telefongebühren tritt eben erst in Kraft und wirkt sich nachteilig für die Reichspost in einer finanziell sehr glänzenden Weise aus. Dazu kommt, daß die schnell wachsende Automatisierung des Fernsprechverkehrs der Reichspost sehr erhebliche Ersparnisse an Ausgaben ermöglicht. Unter diesen Umständen erscheint die Portohöherung für Briefe und Postkarten als eine unvertretbare und unnötige Belastung der Wirtschaft mit neuen Unkosten.

Wir eruchen die Reichsregierung um Auskunft, welche sachlichen Gründe für die geplante Portohöherung sprechen. Wir bitten ferner um Auskunft darüber, ob die Reichsregierung nicht ihrerseits bei der Postverwaltung Vorgestellungen erheben will, damit die Portohöherung vermieden wird.

Parteinachrichten.

Die Demokraten in Thüringen.

Eine demokratische Versammlung in Sonneberg setzte sich mit der Kritik an den Thüringer Demokraten auseinander, die insbesondere von den Sozialdemokraten geübt worden ist, weil die Thüringer Demokraten nach Scheitern der großen Koalition für eine Mehrheitsbildung nach rechts gestanden haben. Die Abgeordnete *Dr. Marie Schulz* begründete die Unterstützung des Versuchs einer Regierungsarbeit auf gesicherter Basis mit der Tatsache, daß Thüringen geradezu ein Musterbild für viele Fehler sei, die man heute am Parlamentarismus tadelt. Die Kritik an der Versammlung sei zwar verstanden, aber umso schärfer habe sie eingestuft auf dem Gebiet des Parlamentarismus. Es scheide sich die unfruchtbare Kritik derjenigen, die den Parlamentarismus ablehnen von der fruchtbaren Kritik der Leute wie Löbe und Hespach, die sich positiv zum parlamentarischen System stellen. Der wahre Grund für das Scheitern der Großen Koalition in Thüringen sei die Koalitionsfeindschaft des radikalen Flügels des SPD gewesen und deshalb hätten auch die Sozialdemokraten und nicht die Demokratie die Verantwortung zu tragen. Eine Regierung auf möglichst gesicherter Grundlage habe auch dann gebildet werden müssen, wenn der Anschlag an Preußen durchgeführt werden sollte denn für den Anschlag sei eine Regierung notwendig, die die Verhandlungen führe.

Martin Wend 65 Jahre.

Vor kurzem hat *Martin Wend*, einer der geistigen Führer der deutschen Demokraten, seinen 65. Geburtstag gefeiert. Zwar hat *Martin Wend*, der *Friedrich Naumann* einst sehr nahe stand, seinen Beruf als Oberpostsekretär einer Tageszeitung in Worms wegen Krankheit aufgegeben, aber *Wend* hat sich jetzt in Darmstadt, einem

neuen Wohnort zur Ruhe gesetzt. Der bewährte *Wend* ist alsbald von den Darmstädter Demokraten wieder an Vorständen gewählt worden. Mit seinem Darmstädter Freunden werden auch die zahlreichen Freunde, die *Wend* im Reich besitzt, wünschen, daß ihm noch eine lange und erfolgreiche Wirksamkeit beschieden sein möge.

Abgeordneter Lemmer in Geni.

Der Reichstagsabgeordnete *Ernst Lemmer* ist alsbald von den Genfer Demokraten wieder an Vorständen gewählt worden. Er wird dort als Spezialaufseher für die Weltwirtschaftskonferenz teilnehmen.

Silberne Hochzeit des Abgeordneten Dr. Krüger.

Der langjährige thüringische Landtagsabgeordnete *Prof. Dr. Hermann Anders Krüger* feierte am 9. Mai seine silberne Hochzeit. Für die Demokratische Partei der Landesverbandsvorsitzende *Dr. Ehlers* vom vertriebenen Parlamentarier, der sich zurzeit auf einer Erholungsreise befindet, die besten Wünsche übermittelt.

Ein Jubs-Denkmal in Kolberg.

Auf dem *Karl-Friedrich* in Kolberg hat eine Tausendjährigkeitsdenkmal des verstorbenen *Hektor Jubs* (1806-1870) errichtet. In dieser Denkmalsteinbildung für den *Hektor Jubs*, der stets ein aufrechter Vorkämpfer des demokratischen Gedankens gewesen ist, nahmen Vertreter des preussischen und des deutschen Lehrvereins, des *Rafin* und der Stadtverordneten der Stadt Kolberg teil.

Friedrich-Naumann-Saus in Wenzelbad.

Am 15. Mai wird das vom Deutschen Demokratischen Verein Regensburg in Wenzelbad errichtete *Friedrich-Naumann-Saus* feierlich eingeweiht. In Regensburg werden die demokratischen Gäste von *Stadtschulrat W. E. Nürnberg* begrüßt werden. Bei der *Weihe* des *Saus* wird Reichstagsabgeordneter *Dr. Theodor Heuß* die Rede halten; im Anschluß an diese Rede findet die Enthüllung des *Friedrich-Naumann-Denkmal* statt.

1000 Jahre Nordhausen.

Die demokratische „Nordhäuser Zeitung“ hat eine ausgezeichnete Festschrift aus Anlaß der 1000-Jahrfeier von Nordhausen herausgegeben. In dieser Ausgabe handelt *Stadtschulrat Heineke* die politische Geschichte Nordhausens. Das Blatt enthält weiter eine Reihe von bedeutenden Aufsätzen. Dieser ersten Festschrift werden noch weitere folgen.

Bezirk Magdeburg.

Beranstaltungen

der

Deutschen Demokratischen Partei,

Ortsgruppe Magdeburg.

Geschäftsführender Ausschuss: Montag, den 23. Mai, abends 7 1/2 Uhr in der Geschäftsstelle, *Breitenweg 31* bis 140.

Sammtlich: Dienstag, den 17. Mai, abends 8 Uhr in Hotel „*Weißer Bär*“, *Weinstraße 6*. Erwünscht ist die Beteiligung.

Uhländ-Zund: Sonntag, den 15. Mai: Fahrt in Potsdam. Anmeldungen nach dem Parteibüro.

Uhländ-Zund: Freitag, den 20. Mai 1927, abends 8 Uhr in den *Altsiedler Bürgerheim*, *Altestr. 9*: *Wahlvereinsversammlung*. Gäste willkommen.

Die Deutsche Demokratische Partei veranstaltet ihre Wähler monatlich eine politische Ausprache, in stets aus berufenen Munde die neuesten politischen Ereignisse erörtert werden. Am letzten Sonntag sprach bekannte Universitätsprofessor Abgeordneter *Dr. G. e. Leipzig*. Ueber die glänzende Rede berichtet der *Magdeburger Generalanzeiger*:

„In seinen klaren, geistvollen Ausführungen hat der Redner alles das in den Vordergrund, was die plötzliche Förderung des republikanischen Staatsgedankens für den Staat und für die Partei zu bedeuten hat. Seit Gründung der Partei hat diese, wie der Redner ausführte, ihre Aufgabe darin gesehen, nicht den Wählern nachzugehen, sondern Wege zum Schutze und zum Aufsteigen des Staates finden zu helfen. Obgleich ihr Einfluss Staate dadurch immer stärker wurde, hätte sie an 9 hängern ein. So ist die Entwicklung denn häufig abgegangen, daß die Partei von einem Boden, den sie für einen Gedanken vorbereitet hatte, zurücktreten mußte, wenn er sicher war, einer anderen zu überlassen.“

Die Demokratische Partei hatte sich 1919 sofort an den Boden des neuen Staates gestellt, obgleich sie eine republikanische Stimmung von 1848 nicht mehr sehr häufig anzutreffen war, da ja auch die geschichtliche Entwicklung darauf hingeführt hatte. So hatte die Partei die neulichste so wohl als möglich begriffen, und daß die Stellung die richtige war, beweist nichts besser, als die aus zwei entgegengesetzten Lagern stammenden ersten beiden Reichspräsidenten sich mit der Entscheidung in Dinge abgefunden und keinen Versuch gemacht haben, die Staatsform zu ändern. Heute ergibt sich nun die Frage ob die Republik, nachdem die Reichstagsfraktion in die Regierung eingetreten sind, in ihrem Wesen eine Veränderung erfahren könnte, dertat, daß sie in eine aristokratische, neben allen Reichsparteien geleitete, umgewandelt wird die klassenmäßig regiert, die Arbeiterfrage den Weg zum Staat nicht finden ließe. Zwar darf man annehmen, daß die lebenden Staatsmänner ihrem Eide getreu loyal verfahren aber gewisse Vorkommnisse, wie die Rede *Heiz* über Oberhesseln, sind geeignet, ihre ganzwehne auf sich gestellte Politik zu erschüttern und Mißtrauen gegen die Regierung nach außen hin zu erwecken.

Im Innern ist die Befragung ebenfalls nicht gering. O handelt sich bei der Regierungsbildung darum, die Opposition durch Einsetzen in die Regierung zum Schw

zu bringen. Dies ist zum Teil geschehen. Aber trotz dem ist das Misstrauen geblieben, ob der Eintritt in die Regierung einen Uebergangsweg bedeutet, was bei der Wählererschaft sicher nicht der Fall ist. Aber trotz Einfließen und anderer Organisationen, denen eins, die große Masse, schon längst folgt, welcher jeder, daß der Weg durch inneren Kampf. Von der Aufgabe, die Republik aufzubauen, darf die Arbeiterklasse nicht ausgehoben bleiben, um so weniger, als ein großer Teil der Arbeiter in den Staat hinein will, und auch gerade ihre Jugend sich immer mehr mit dem Staat verbunden fühlt. Diese Stimmung sollte gepflegt und für den Staat nutzbar gemacht werden. Die Aufgabe der Demokratie ist es, zu verhindern, daß diese Ideen nicht umgekehrt oder verzerrt und der Staat nicht mit anderem Geiste erfüllt werde, eine Aufgabe, die durch Teilnahme an der Regierung nicht leicht zu erfüllen wäre. Um aus der Politik der Demokraten, die vielen misfallen hat, das Ergebnis zu ziehen, so ist festzustellen: die Demokratie hat stets versucht, die große Masse zu halten und die Republik um ihrer selbst willen zu führen. Hat sie sich dadurch selbst zum Opfer gebracht und an Anhängern verloren, so ist die Zahl der Republikaner doch größer geworden. Sie hat ihre Ideenwelt in die Köpfe derer geleitet, die erst abzuwählen, und dadurch ihre Aufgabe für den deutschen Staat erfüllt. Dieser Staat, getragen von der Verantwortung aller Bürger, wird einst den Platz in der Welt einnehmen, der ihm gebührt. Und auch die Wähler werden wiedertommen, wenn die Partei weiter sich von diesem Ideale leiten läßt.

Der Redner gab noch einige Streiflichter über schwerere Tagesfragen, Reichstagsgesetz, Konordat und Finanzvergleich in Verbindung mit dem Umzug der Kleinstadt in die Provinz, die Notwendigkeit des Einheitsstaates. In einer sich anschließenden Ansprache wurden die Leistungen der Republik in Bezug auf Jugend, Gesundheits- und Wohlfahrtspflege hervorgehoben. Nach dem die Möglichkeit und die Schwierigkeiten der Bildung einer großen liberalen Partei zur Erörterung.

Die Benennung gab ihrem Gange durch starken Beifall Ausdruck.

Bemerkten möchten wir noch, daß sich an der sehr schönen und interessanten Ansprache der Vorlesenden des Beamtenschafts der Deutschen Demokratischen Partei, Rektor Schmidt und Amtsgerichtsrat von Prosch beteiligten. Konrektor Hennrich, der Leiter der Benennung gab das Wochenprogramm bekannt und empfahl dringend den Besuch der Gruppenversammlungen.

Die Entwicklung des Magdeburger Schlags und Viehhofs.

Die Stadteitsgruppe Altsiedler veranstaltete am vergangenen Dienstag im „Auenhain“ ihre Jahresversammlung, in der Stadtrat Robert über das obige Thema einen interessanten Vortrag hielt. Eingangs sprach er ausführlicher über die Verhältnisse, wie sie bei der Gründung von Schlags und Viehhöfen in den Städten allgemein bestanden. In den ältesten Jahren habe der Viehhof sein Vieh dort abgeschlachtet, um es ihm zu gewöhnen. Es braucht hierbei nicht besonders betont werden, daß dabei die Forderungen der hygienischen entsprechende Beachtung fanden. Anfang der 70er Jahre beschäftigte sich die Magdeburger Stadteitsversammlung mit der Frage eines städtischen Viehhofes, lebte aber bei einer einsehenden Abstimmung den Bau ab, da die Kosten hierfür zu hoch erschienen, und stellte es anheim, eine Aktiengesellschaft für diesen Plan zu interessieren. Im Juni 1882 nahm die Stadteitsversammlung einem neuen Vorlage des Magistrats zu und 2 Jahre später konnte der Schlag- und dem Viehhof übergeben werden. Die Kosten hierfür betragen 3 1/2 Millionen Mark.

In den weiteren Ausführungen schilderte Stadtrat Robert sehr anschaulich das Leben und Treiben auf dem Schlag- und Viehhof während eines Martittages, an dem in der Nacht vom Montag zum Dienstag etwa 300 bis 400 Rognons Schlachtwiehe einlaufen, außerdem kommen noch einige hundert Gopanne, die ebenfalls ihr Vieh am Markt hierher bringen. Zu einem großen Exportmarkt für Schlachtwiehe ist Magdeburg in der Nachkriegszeit herangewachsen. Es wird nicht nur der einheimische Schlag mit Schlachtwiehe versorgt, sondern aus Westdeutschland und kommen Viehkäufer, um ihren Bedarf zu decken. Der letzte Martittag an Erntewen betraf sich auf 400 Stück an im Rindern 100 Stück. Der kürzeren Zeit wurde die Kleinviehhofe erweitert, um den gewaltig gestiegenen Bedarf von ca. 2000 Tieren zu fassen. Um den Betrieb auf der Höhe der Zeit zu halten, ist es notwendig geworden, Erweiterungsarbeiten in Angriff zu nehmen, die in diesem Jahre fortgeführt werden, auch Anlagen haben sich als unzulänglich herausgestellt.

Der Vorlesende, unter Präzisionsführer Schäfer, umte Stadtrat Robert ganz besonders für das Geschick und die Umsicht, die er bei der Verwaltung des Schlag- und Viehhofes bewiesen habe.

Anschließend sprach als 2. Redner des Abends Stadtrat Dürre, der ein ansprechendes Referat über den Verlauf des Hamburger Parteitag abhielt. Sehen in Altm. In einer sehr gut besetzten Versammlung der Deutschen Demokratischen Partei sprach Stadtrat Dürre Magdeburg über kommunale Parteipolitik. Ausgehend von der Erprobung der Steuerreform wies Redner nach, wie die Realisierer ganz besonders stark den gewerblichen Mittelstand belasten. Die deutsche Demokratische Partei hat im Preussischen Landtag entsprechende Urträge gestellt und es auch erreicht, daß eine wesentliche Milderung in der Gewerbesteuer eintraten ist. Der preussische Handelsminister Dr. Schreier hat eine erhebliche Steuerermäßigung auf diesem Gebiete für notwendig erachtet. Jede Kommunalisierung des Anwerkes müßte mit allen zu Gebote stehenden Mitteln

verhindert werden. Der Mittelstand ist ein guter Steuerzahler und müßte man ihn auch aus diesem Grunde lebensfähig lassen. Die Deutsche Demokratische Partei hat sich auf diesem Gebiete seit Jahren bemüht und auch zum Teil Erfolge erzielt. Die vorerwähnten Ausführungen fanden stürmischen Beifall.

Ehrung für Herrn Stadtrat Wilhelm Huth.

Zu Ehren des 1. Vorsitzenden des Deutschen Postverbandes, des Oberpostmeisters und Stadtrats Wilhelm Huth, fand in Magdeburg eine Jubiläumfeier statt, an der die Magdeburger Behörden recht zahlreich teilnahmen. In seiner Festrede wies Postminister G e h b e r s darauf hin, daß der Jubilar vor 40 Jahren den Dienst geleistet habe, seit 30 Jahren Vorsitzender des Bezirksvereins sei und 20 Jahre dem Stadtorbitorne-Kollegium, beziehungsweise Magistrat angehört. Als Leiter der Organisation habe er manchen Schwierigkeiten überwinden müssen. Der Jubilar sei stets führend in allen Beamtensfragen der Stadt Magdeburg gewesen und auch in der städtischen Beamtenschaft habe er für die Beamten viel Gutes geleistet. Für die zahlreichen Glückwünsche die von Seiten der Oberpostdirektion, des Beamtensbundes, des Magistrats und des Postverbandes zum Ausdruck kamen, dankte Stadtrat Huth auf das herzlichste.

Herrmann S a g r a u. Durch Tod haben wir Herrn Magistratsoblen Herrmann S a g r a u verloren. Wir werden dem Verstorbenen ein dauerndes Andenken bewahren.

Kriminalkommission ten Holt verurteilt!

Nach sehr umfangreichen Untersuchungen hat das Disziplinargericht unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten von Holtmann gegen den Kriminalkommissionar ten Holt auf Verurteilung mit gleichem Gehalt ohne Erhaltung der Amtsgehälter erkannt.

Schönebeck a. E. Die Ortsgruppe der Deutschen Demokratischen Partei veranstaltete am Montag, den 16. Mai, abends 8 Uhr im Cafe R e h r i n g, Friedrichstr. 4, einen Vortrag, zu dem alle demokratischen Wähler und Freunde der Deutschen Demokratischen Partei eingeladen sind. Stadtorbitorne Dürre-Magdeburg spricht über: „Eindrud und Verlauf des Hamburger Reichsparteitages“.

Schönebeck. Wöllische Versammlung. Die Wöllische Freiheitspartei hatte zu einer „großen“ öffentlichen Versammlung im Landhaus ausgerufen. Erschienen waren einschließlich des Referenten 16 Personen. Das Referat hatte Herr von Galben, der über „Jüdisch-marxistische Verfluchung oder deutsch-wöllische Befreiung“ sprach. Aus der bedeutungslosen Rede kann nur gesagt werden, daß sie eine Schimpfepistel gegen die Juden war. Etwas Sachliches über die deutsch-wöllische Befreiung wurde nicht erwähnt. Ganz besonders hat es dem Redner die Außenpolitik des Herrn Stresemann angefallen, den er als Bierflaschenhändler bezeichnete. An der Ansprache ergreifen zwei demokratische Arbeiter das Wort, die die Worten des Herrn von Galben zustimmen. Ganz besonders wies Herr Oswald ihm einige Widersprüche nach und zwar aus Reden, die Herr von Galben in Oberbürg und in Seebau in Altm. gehalten hat. Die Agitationstendenzen der Deutschwöllischen haben für die Arbeiter und für die Kreise des Mittelstandes weder Sinn noch Zweck, denn gerade die Wöllischen haben am allerwenigsten Interesse, daß es den Arbeitern und Angestellten besser geht. Einige lokale Vorurteile, die der Redner freilich, stellte Herr Oswald unter heftiger Zustimmung der Versammlung richtig. Herrn von Galben war die Ansprache schließlich unangenehm, denn er vernied, in seinem Schlusswort darauf einzugehen. Er hat sich davon überzeugt, daß es in Schönebeck für die Wöllischen keine Vorbeeren zu pflücken gibt.

Wer hat bezahlt?

Eingegangene Gelder: E. V. Gardelegen 8.55 Mk., R. S. Burgsl. 5.—, C. C. Hefersleben 8.— Mk., J. R. Weterlingen 3.75 Mk., D. P. Samswegen 1.50 Mk., E. K. Magdeburg 1.50 Mk.

Bezirk Halle.

Großer Erfolg des Stahlhelms!

Halle. Wir bejubeln dem Stahlhelm, daß er durch seinen Marsch nach Berlin einen großen Erfolg errungen hat. Unter dem Schutze des Aufmarsches seiner Mannen und Jungmannen und unter dem damit verbundenen Schutze der Karabiner und Maschinenpistolen der Berliner Sipo hatten sich nämlich auch die Anhänger der **Deutsch-Konfessionellen Partei**, die 1919 vom Erdboden fast ganz verschwunden waren und Käufer und Fürsten ihrem Schicksal überließen, wieder zu einer Tagung in Berlin zusammenzufinden. Graf Sedlitz-Sandreski hat die Tagung mit einem Hurra auf den verstorbenen Monarchen eröffnet. Dann hat man viel von angestammter Treue zum Kaiser und zu den Fürsten geredet. Man hat auf ihr Abschiedsreden getastet und endlich eine Entschließung gefaßt, an der folgende Sätze besonders bemerkenswert sind:

„In der Göttingerstraße dieser Zeit bekennen wir uns zu einer Abkehr der Staatsformfrage, die unsere angestammten Güter und ihre von Gottes und Rechts wegen ihnen unzerstörlich zugehörigen Rechte wieder einleitet, und zu einer Lösung der Reichsformfrage, die gegenüber dem unheimlichen Unitarismus die selbständige Staatspersönlichkeit der Bundesstaaten nach Bismarckschen Grundgedanken aufstellt. Das Ziel deutscher Politik, die durch tatsächliche Maßnahmen nicht bezerrt werden darf, ist: Befreiung von der Fremdberschaft, von der französischen so gut wie von der in den Dannebelungen offensichtlich gewordenen asiatischen Völker. Wir verlangen ein wieder preussisch gewordenen Preußen und ein von den Folgen der Revolution und Kor-

ruption gereinigtes in christlichem und sozialem Geiste geeinigtes Reich. Wir erwarten, daß die Reichsregierung endlich mal ernst macht, mit dem Widerruf der Kriegsschuldfrage und daß sie unter Aufhebung des Republikvertrages und anderer Ausnahmegeetze entschlossen zu den konserverativen Grundgedanken des Regierens zurückkehrt, nach denen jedem das Seine gewährt und das Vaterland über die Partei gestellt wird.“

Der Stahlhelm kann diesen Erfolg „jezt wieder treuer Gemüter“ offenbar als seinen Erfolg buchen. Wir gratulieren dazu. Wir wissen wir nicht recht, wie sich der angeblich in ihm gepflegte und verkörperte Frontgeist mit dem „Mat“ jener getönten Häupter abfinden wird, die bei dem Unglück des ganzen Volkes nur an die Eigerheit ihrer hohenwerten Person dachten. Doch das ist keine Sache. Wahrscheinlich besteht seiner Auffassung nach zwischen Frontgeist und Untertanengeist eine unzerstörbare Symbiose. Und für Selbde und Duestenberg eröffnen sich demnach für die Zukunft herrliche Aussichten.

Korruption.

Halle. Für die Politik der Deutschnationalen ist es typisch, daß sie bemüht sind, sich vor jeder Verantwortung zu drücken und dabei mit Ungeheu und Bedrohungen nicht sparen. Der Versuch ihres Vorkommens an die Rentner und Sparer, ihr Verhalten bei der Abstimmung über Locarno hind zu stoppen auf diesem Wege und führten folgerichtig zu der inneren Unwahrscheinlichkeit, mit der sie als festige Regierungspartei die Republik als Staatsform anerkennen. Diefelbe Unwahrscheinlichkeit begleitet sie auch bei ihrer Mitarbeit in der Gesetzgebung und kommt besonders bei dem Bericht hierüber in ihrer Presse zum Ausdruck.

Die Deutschnationalen haben zusammen mit den anderen Parteien des jetzigen Reichstages für sich das Arbeitszeitgesetz im Reichstag gegen die Stimmen der Linken angenommen. Sie sind also auch für die Ausnutzung dieses Gesetzes verantwortlich. Umso mehr, weil gerade von ihnen als der stärksten Koalitionspartei die An-

Zur Beachtung!

Unsere Parteigeschäftsstelle in Halle befindet sich jetzt im Hause Leipziger Straße 87, 2 Treppen (Hauseingang neben dem Ufa-Kino und dem Spielwarengeschäft C. F. Ritter). Als Fernsprechananschluß bleibt die bisherige Rufnummer 21277.

nahme dieses Gesetzes in erster Linie abhing. Aber, was geschieht nun! Die deutschnationalen „Hallsche Zeitung“ veröffentlicht in ihrem Handelsenteil der Ausgabe vom 4. Mai einen längeren Artikel, in dem die Folgen des Gesetzes für Industrie, Warenpreise und welche Schäden der Verbraucher in den schmärzlichen Farben gelblich und besonders wieder die Kleinrentner und Pensionäre als die Leidtragenden, die sich gegen die zunehmende Teuerung nicht wehren können, bezeichnet werden. Anstatt Einschränkung und Höherzahlung der Überstundenarbeit müßte man (so heißt es in dem Artikel) billiger und länger als früher bei uns arbeiten, falls die Wirtschaft in Gang kommen sollte. Jetzt werde eine neue Senkung des Konjums eintreten, während man doch auf eine Hebung und Bewilligung des Verbrauchs bedacht sein müße.

In der ganzen Volkheit aber kein Wort davon, daß dieses Arbeitszeitgesetz durch die Stimmen der Rechtsparteien erst Gesetz geworden ist. Kein Wort darüber, daß diese unglückseligen auch für die Ausnutzung die Verantwortung tragen. In raffiniertester Weise wird vielmehr dem unheimlichen Vetter die Vorstellung erweckt, als ob die Rechtsparteien mit diesem Arbeitszeitgesetz absolut gar nichts zu tun hätten, sondern alles wieder den Demokraten und zur Last fällt.

Man sieht: Unwahrscheinlichkeit und feige Dreißergerci sind den Deutschnationalen und ihrer Presse zur Gewohnheit geworden. Zur Regierung hat man sich gedrängt. Die Geschmähnerie arbeitet unter stärkerer deutschnationaler Bewilligung. Aber den Wert, für die eigenen Taten einzustehen, bringt weder die Partei noch ihre Presse auf. Das ist Korruption im vollsten Sinne des Wortes.

Halle. Eine Vertretertagung unseres Raiffeisenverbandes wird am Sonntag, den 22. Mai, in Halle im Neumarkt-Schützenhaus abgehalten. Die Tagung beginnt vormittags 11 Uhr. Beschlüssen wird sich die Veranstaltung in der Hauptsache mit Organisationsfragen, zu denen auf Grund der eingegangenen beantworteten Fragebogen der geschäftsführende Vorstand bestimmte Vorschläge vorbereiten und vorlegen wird. An der Vertretertagung nehmen außer den nach den Satzungen bestimmten Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes und des Gesamtverbandes je zwei Vertreter jeder Kreisorganisation, die von dieser zu wählen sind, teil. Allen Kreisorganisationen geht ein besonderes Einladungsschreiben mit Tagesordnung zur Vertretertagung zu.

Halle. Frauengruppe der D. D. R. Donnerstag, den 19. Mai, abends 8.15 Uhr Zusammenkunft im Nicolaus Herr Dr. E. K. a n spricht über „Erfahrungen im besetzten Rheinland“. Bei dem allgemeinen Interesse, das dieser Vortrag finden wird, werden außer den Mitglieder der Frauengruppe auch die Herren um recht zahlreiche Beteiligung gebeten.

Halle. Im Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirche wird Professor R a d e -Marburg am Mittwoch, den 18. Mai, in Halle sprechen. Wir machen unsere Mitglieder auf den Besuch dieses Vortrages besonders auf-

merklich. Näheres über die Veranstaltung wird aus der Tagespresse zu erfahren sein.

Halle. Vom Reichsminister a. D. Dr. Kütz ist eine Schrift „Demokratische Gemeindepolitik“ erschienen. Die Schrift, die auch das Kommunalprogramm der Partei enthält, und allen kommunalpolitisch interessierten Parteifreunden besonders empfohlen werden kann, ist durch die Reichsgeschäftsstelle, Berlin SW 11, Bernburger Str. 18, zu beziehen. Preis 1.— R.M.

Naumburg. In der Zusammenkunft am 4. Mai geben die Delegierten den Bericht über die Halle'sche Bezirksversammlung und der Vorlesende den über den Parteitag in Hamburg. Daran schloß sich ein außerordentlich instruktiver Vortrag über die Bedeutung der inneren Kolonisation für Handel, Gewerbe und Industrie einerseits und die deutsche Arbeitnehmerschaft andererseits. Ueberzeugend wurde nachgewiesen, daß durch die massenhafte Schaffung neuer bauerlicher Stellen der Absatzmarkt für die gewerblichen und industriellen Erzeugnisse bedeutend erweitert wird, der Reallohn auf natürliche Weise steigt, und das Kreditkapital in Deutschland durch die Art der Finanzierung bedeutend verstärkt und verbilligt werden kann. Als Weg wurde die Auflage einer ausländischen Reichsleihe, etwa in New York, London, Amsterdam und Zürich, vorgeschlagen und im Zusammenhang

damit die außerpolitischen günstigen Rückwirkungen kurz zusammengefaßt. Einzelne Bedenken, die in der lebhaften Debatte geäußert wurden, verstand der Redner wirksam zu entkräften. Der überaus anregende Abend ließ den Wunsch aufkommen über die vorgetragenen Ideen auch anderwärts im Interesse einer lebhaften und dabei wirksamen Parteiverberung zu debattieren.

(Berichte für den „F. W.“ bitten wir direkt an die Geschäftsstelle, Halle (Saale), Leipziger Straße 87, zu richten.)

Weißenfels. Am Sonntag, den 15. Mai, vormittags 9.30 Uhr, spricht gelegentlich des Mitteldeutschen Handwerkerlages der preußische Finanzminister Dr. Höpfer-Nhoff in Schumanns Garten. Wir machen unsere Parteifreunde auf diese öffentliche Veranstaltung aufmerksam.

Falkenberg. Unsere Ortsgruppe hatte für ihre Maiversammlung Herrn Abgeordneten Dr. Bohner, Magdeburg, als Redner gewonnen. Wir hörten zuerst einen gediegenen Vortrag über Kultusfragen und wurden dann durch eine feine und lustige Schilderung des italienischen Faschismus erfreut. Reichlich zwei Stunden hat Herr Dr. Bohner zu unserer Versammlung gesprochen, und doch hätten ihm alle, aber auch alle, die da waren, noch länger gelauscht. Wir glauben, daß der Abend nicht nur ein schöner Augenbildeerfolg gewesen ist.

Soziales.

Der Reichsfinanzminister gegen eine Aenderung des Dristlassenverzeichnisses.

Eine Zwischenregelung geplant.

Nach dem Reichsbedienstetengesetz ist das Dristlassenverzeichnis für die Beamten spätestens bis zum 1. Juni 1928 neu aufzustellen. In der Zwischenzeit hat der Reichsfinanzminister mit Zustimmung des Reichsausschusses seine Orte in eine andere Dristklasse einreihen lassen. Der Reichsfinanzminister hat dem Preussischen Staatsrat mitgeteilt, daß eine allgemeine Nachprüfung des Dristlassenverzeichnisses zur Zeit nicht in Frage kommt. Geringfügig hält der Reichsfinanzminister eine bestimmte Gebiete sich erstreckende Nachprüfung für möglich, da sich die Nachprüfung nicht auf einen Teil des Reichsgebietes beschränken läßt. Dagegen sollen die Grund von seit dem 1. November 1924 erfolgten Änderungen erforderlichen Veränderungen der Dristklasseneinteilung demnächst durch eine Zwischenregelung vorgenommen werden.

Briefkasten

Weitere Berichte mußten wegen Raummangels unterbleiben.

Konsumverein für Magdeburg

und Umgegend

Jakobstraße Nr. 42

Jakobstraße Nr. 42

Sommer-Schuhwaren

Damen-Halbschuhe grau	14.00	Herren-Halbschuhe braun, farbige Velas	12.50
Damen-Halbschuhe mode	13.50	Herren-Halbschuhe Lack, m 1 Velas	13.50
Damen-Halbschuhe Stoko	10.75	Herren-Halbschuhe schwarz	9.25
Damen-Halbschuhe Stubuch	9.50	Herren-Stiefel schwarz u. braun	9.25
Damen-Halbschuhe Lack	12.50 10.75	Kinder-Lackschuhe	9.50
Damen-Spangenschuhe braun	12.50	Kinder-Lackschnürschuhe	9.50

Turnschuhe und Sandalen

Salzquelle
Jeden Sonntag:
Konzert
Anschließend
Tanzkränzchen.

W. Trint
Inhaber des altbekannten Restaurants
Goldene Tasse
Harstraße 6 Telefon 4711
Warme und kalte Küche
zu jeder Tageszeit
Festsaal

PETZON
Magdeburg eine Treppe
Breiter Weg 168

Fußbodenholzmaten
Jalousien, Rolläden
Reparaturen, Reparaturen
Jalousiefabrik Sch...
gegründet 1871
Magdeburg, Heiligengeiststr. 24.
Bauern und Kleinrentner
Bäcker und Siedler
verlangt die
Deutsche Bauernzeitung
Probefläche kostenlos.
Reichsverband Landwirte
Klein- und Mittelbetriebe
Berlin N. 24, Mondjour...

Allstädter Bürgersäle
Apfelstr. 9. Fernspr. 6774
Inhaber Ferd. Preuß



Säle
Vereinszimmer
Speiserestaurant

Druck-sachen

für Vereins-u.
Privatbedarf
stellt preiswert her
die Buchdruckerei

Hugo Alpers
Delitzsch - Hallesche Straße 1
Freunde!
Werbt Defer!

Auto-Privat-Fahrschule

Ob.-Ing. Val. Bohland
gerichtlich beeidigter Sachverständiger
für das Kraftfahrzeugwesen.
Ausbildung von Kraftfahrzeugführern
zu kulantesten Bedingungen und
mit bestem Erfolg.
Magdeburg - Wilhelmshaus - Eing. Editharing
Tel. 6354. 3 Minuten v. Hauptbahnhof. Tel. 6354.

Hotel u. Restaurant
„Weißer Bär“
Bes. Ad. Bühnagel.

Adressen
jeder Art, für Ihren Betrieb, liefert Ihnen
der bekannte Dresdener
Adressen-Verlag G. Müller
Dresden-N. 6, Königsbrücker Platz 2
(Bitten auf diese Zeitung Bezug zu nehmen)
Adressenkatalog mit ca. 6000 Serien kostenlos

Das
führende Spezialhaus
für Webereiwaren!



Unsere Preise sind billig!
Siegfried Cohn
Webereiwaren * Breitweg 76a

Reichsparteitag der Deutschen Demokratischen Partei.

III.

Finanz- und Wirtschaftspolitik in der Zeit der Wirtschaftskrise.

Von lebhaftem Beifall begrüßt, führt Dr. Reinhold u. a. aus: Ich gehe wohl nicht fehl in der Annahme, daß der zündliche Empfang, den Sie mir zuteil werden ließen, der letzte Ausdruck verleiht, daß das, was ich als demokratischer Reichsfinanzminister leisten durfte, der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Volke zum Vorteil gereichte. Die politische Genugtuung über meine Tätigkeit als Reichsfinanzminister ist mir aber schon früher zuteil geworden: Niemand habe ich so viele anerkennende Zuschriften und Sperrungelungen auch von politisch Andersdenkenden bekommen, wie an dem Tage, als der deutschnational Abgeordnete überföhrten im Reichstag, wo ich ihm nicht mehr Rede ab Antwort stehen konnte, in der Art geöffneter deutschnationaler Politik mit Angriffen gegen mich vorgeing, die auf jenseitige Falschheit und Unterlagen lauten.

Ich halte es nicht für einen Fortschritt, wenn Amtsnachfolger sich öffentlich beschreiben. Ich hätte diesen Kampf nicht bekommen. Nachdem aber Minister Köhler die alte Tradition halten hat, daß man seinem Vorgänger, und wenn auch nur in Worten, für das Geleistete den Dank ausspricht, und wenn im Gegenteil dazu Übergang, alle möglichen Dinge in die Welt zu setzen, die dann drängen in der Provinzpreise einen unheimlichen Widerhall gefunden haben, dann bin ich es keiner Sache und der Reinklichkeit der deutschen Politik schuldig, daß ich hier, da ich nicht mehr im Parlament bin, aus diesen Gründen heraus Rede und Antwort ließe.

Was ist denn geschehen, das mir und uns den Haß der beiden Parteien in Deutschland so zugezogen hat? Als nicht damalige Reichsfinanzler Dr. Luther als Reichsfinanzminister, war es den anderen Parteien, die überzogen waren eine gewisse Freude, daß man dieses Amt einem Demokraten gab, denn die Finanzpolitik war nicht etwas, womit man Leobereit und Anhänger sammeln konnte. Als ich ins Amt kam, hatte ich zunächst schwere Tage; denn von dem Moment an, wo ich mit der klaren Absicht herankam, in der Richtung das in die Tat umzusetzen, was die Demokraten in Opposition gefordert haben, — wie ja die Demokraten der Opposition immer nur Forderungen erhoben, die sie in Regierung dann auch durchführen können — hatte ich von vornherein eine Front gegen mich, weil man sich in der Richtung an den Gedanken nicht gewöhnen konnte, die Zahlen anders als fiktional anzugehen und die wirtschaftlichen Gründe den Vordergrund zu stellen. Man ging auch an das Kabell und den Reichstagler, um meine Politik zu verhindern. Was fand ich bei meinem Amtsantritt vor? Auf der einen Seite waren noch überaus stark gestülpte Reichstagskassen, und auf der anderen Seite befanden trostlose und stillstehende Zustände der Wirtschaft, die mit den 2 Millionen einlösen, mit denen wir damals leider rechnen mußten, und den Zahlen über die Konsum- und Geschäftstätigkeit im Reich gesamtgemittelt waren. Bei diesem Stand der Dinge war es für mich selbstverständlich, dieses Mißverhältnis zu prüfen, ob nicht die Steuerlast des deutschen Volkes um eine ganz erhebliche Summe abgebaut werden könnte. Ich gehe heute zu, daß das damals ein sehr kluges und gewagter Schritt war, denn ich hatte alle meine Kraft auf die Hebung der Wirtschaft. Wäre sie nicht einfallen, dann wäre die Politik der Steuerermäßigung ein Fehlgriff gewesen. Ich kam also vor dem Reichstag mit dem Finanzplan, um mehr als eine halbe Milliarde zu ermäßigen. Ich gebe zu, daß dieser Plan damals für die Oppositionisten recht und für das Zentrum hart war, weil diesen ein immer gelogt worden war, daß es unmöglich sei, solche durchzuführen, und um nur ein Beispiel zu erwähnen, die Zurscher zu beseitigen. Es war schwer für die Parteien, daß nun ein demokratischer Minister erklärte, Verantwortung für diese Steuerherabsetzungen übernehmen zu können. Daraus entstand eine gewisse Parteigegensätzlichkeit. Schritt wurde getan, und wir wußten, unter welchen Umständen die Politik begann. Ich erinnere daran, daß der Abgeordnete Bergl i. A. im Reichstag erklärte, wir ritten mit dem einen Ägel in ein Riesengebiet hinein und späterhin, im Jahre, würde die Katastrophe eintreten.

Sie haben jetzt den Wunsch des Finanzjahres 1926 vor und ich möchte vor dem ganzen deutschen Volke die Frage stellen: Was wurde geworden, wenn wir im Frühjahr 1926 den Entschluß gefaßt hätten, die Steuern zu senken? Dann wir 1926 wieder einen Milliardenüberschuß gehabt und Ausland ein ganz festes Bild von unserer Leistungstracht ertreibt. (Zustimmung.) Wir hätten auch eine Wirtschaft groß gehalten, die im Interesse unserer Wirtschaft und unseres Volkes einfach nicht ertragen werden kann. Höchstens des Jahres 1926 ist der beste Beweis dafür, daß Schritt, der im Frühjahr 1926 getan wurde, unbedingt war, und daß, wenn er nicht gefolgt wäre, eine schwerere Lage der ganzen Wirtschaft eingetreten wäre. Wenn

man z. B. jetzt im Barmatprozeß liest, wie über die Postgebühren verfügt wurde, stehen einem die Haare zu Berge. (Zustimmung.) In Sachen z. B. wurde mit Postgebern, die angeblich ins besetzte Gebiet gehen sollten, eine verachtete Papierfabrik aufgestuft, wodurch ein Millionenverlust für die Reichskasse entstand. So wurden die der Wirtschaft entzogenen Mittel verwendet. Es ist für die Wirtschaft unerträglich, daß man damals wirtschaftlich besser gehenden Unternehmungen das Geld abnahm, um es fiktional arbeitenden Betrieben zuzuführen. (Sehr richtig.) Es wird deshalb wohl die Zustimmung weiter Kreise finden, wenn wir 1926 mit der von ihren Bevollmächtigten und von den Interessenten immer wieder geforderten Subventionenpolitik Schritt gemacht haben. (Zustimmung und Beifall.) Kom Herbst 1926 an konnte man klar erkennen, daß unsere demokratische Finanzpolitik „richtig gelegen“ hat. Die Angriffe verarmten und die Zustimmung wurde immer größer. Selbst der Abgeordnete Bergl sah sich genötigt, im Deutschennationalen geizt hätte, und daß ich, wie er meinte, durch Glück begünstigt, meine Politik hätte durchsetzen können. Ich ergreife diese Friedensbegehr.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß man geplant hatte, die Finanzpolitik auch 1927 mit derselben Person fortzusetzen, die sie 1926 führte. Es waren nicht finanzielle Gründe, die dies verhinderten und die zu der Interessengemeinschaft zwischen Zentrum und Deutschennationalen führten. — Ich habe — ich sage das ganz offen — schweren Herzens mein Amt niedergelegt, weil ich das, was ich begonnen, gern durchgeführt hätte, was niemals eines rechten Mannes unwürdig sein kann. (Lebhafter Beifall.)

Nach der Vorlegung des Etats für 1927 hielt der Abgeordnete Oberjöhren eine Rede, von der ich sagen muß, daß ich noch nie eine Rede im Reichstag gehört und gelesen habe, bei der wie bei Oberjöhren, fast jede vorgebrachte Ziffer und jedes erwähnte Argument von Anfang bis Ende falsch ist.

Oberjöhren hat das, was hergt als falsch hingestellt hatte, wieder aufgenommen und von einer „großartigen Finanzkatastrophe“ gesprochen. Seine Vorwürfe konzentrierten sich namentlich auf drei Punkte. Er hat erstens behauptet, ich hätte meine Finanzpolitik nur durchgeführt können, weil ich den Etat von allen fiktionalen Referenzen entließ, er hat weiter behauptet, daß von einem Ueberhuß 1926 keine Rede sein könne, und daß schließlich der Budgetentwurf für 1927 in seinen Steuererträgen überhöht worden sei. — Dieser Kampf gegen die demokratische Finanzpolitik fand dann, weil auch mein Nachfolger ihn stillschweigend duldete, obwohl er die Falschheit der Argumente damals schon kannte (Leb. hört, hört!), Eingang in die Provinzprose und war die Veranlassung zu den scharfen Angriffen gegen uns, die mit ungeheurer Demagogie durchgeführt wurden. Da dies es schon nicht mehr: Die Referenzen vertraut, sondern sie seien „verfälschert“ worden. Es wurde sogar erklärt, daß man den Minister Reinhold wegen der Falschheit vor den Staatsgerichtshof stellen wolle. (Hört, hört! und Heiterkeit.) Und trotzdem sind niemals falsche Behauptungen so rasch und evident durch die Tatsachen widerlegt worden, wie die des Abgeordneten Oberjöhren. Später mußten von Finanzminister Köhler selber die Behauptungen Oberjöhrens als mit der Wahrheit nicht in Einklang stehend hingestellt werden. Fiktional waren die angeblich verfehlenden Referenzen wieder dar, besonders aus dem Grunde, weil man sie zu einer Einnahmehöhenpolitik für die süddeutschen Staaten brachte. Möglich war auch ein Ueberhuß, von dem Oberjöhren behauptete, daß davon keine Rede sein könne, in Höhe von 200 Millionen vorhanden, und fiktional war die angeblich überhöhte Steuer so niedrig angelegt, daß man noch Aufschläge im Etat machen konnte. (Heiterkeit.)

So ist es gekommen, daß die Behauptungen Oberjöhrens durch die eigene Etatsaufstellung der Regierungskassation vollkommen ab absurdum geführt wurden. Es ist auch falsch, daß ich die Referenzen der Jahre 1924 und 1926 verkannt hätte. Die Finanzpolitik des Jahres 1926 war eine wirtschaftliche Finanzpolitik, die aber solide war, indem für das Jahr 1927 ein vorbildlicher Etat aufgestellt werden konnte, der trotz am Rande des Defizits hinlieferte. Dr. Reinhold wies dann noch den Vorwurf zurück, als ob er für die Erwerbsteuer keine Beiträge in den Etat eingestellt habe. Er rermweit darauf, daß damals bereits ein Betrag von 200 Millionen in den Etat eingelegt worden war, und daß die entzündliche Einsetzung der Beiträge noch nicht erfolgen könne, weil das Erwerbsteuererwerbungsgegesetz nicht rechtzeitig bis zum 1. April verabschiedet werden konnte. Diese seine Haltung sei auch von dem damaligen Kabinett durchaus gebildet worden. Die jetzige Regierungskoalition muß Gesandte nach allen Seiten machen. Das Zentrum ist auch bereits über verschiedene Parteien in ausbreitender Maße ausgeschüttet worden. Durchaus mögliche Ermäßigung am Mehrteil mußten unterbleiben, weil sonst die Deutschennationalen gedroht hätten, nicht weiter mitmachen zu wollen. Diese Politik belastet aber das deutsche Volk, und das Wort eines Demokraten war durchaus ausreißend, daß die letzte Entscheidung einer verlorenen Schlacht glich. Dr. Reinhold

bezeichnete eine Erhöhung der Ausgaben für die Beamtenbezahlung und für eine bessere Entschädigung der Kriegsveteranen und Liquidationsgeschädigten als besonders dringend. Besonders die Frage der Liquidationsentschädigung muß jetzt endlich gelöst werden. (Leb. Beifall.) Es ist durchaus vorzuziehen, in der bisherigen Weise den Liquidationsgeschädigten mit unzureichenden Abschlagszahlungen zu helfen. Ein besonders großer Fehler ist aber die vorgenommene weitere Verlagerung des vorläufigen Finanzausgleichs um zwei Jahre. Es ist auch nicht daran zu denken, daß der neuwählende Reichstag baldigst an die Lösung dieser Frage herangehen kann, so wird das unvollkommenheit des Finanzausgleichs noch lange Jahre über dem deutschen Volke hängen bleiben. Das Abkommen über die Biersteuerentschädigung an Bayern führt den Wirtschaftskrieg aufs heftigste. Eine solche Entschädigung, die gegen die Mehrheit der deutschen Länder und gegen eine überaus große Opposition im Reichsrat durchgeführt worden ist, bedeutet auch einen schweren Fehler verfassungsrechtlicher Natur. Dr. Reinhold ging auf die Frage Einheitsstaat und Unitarismus ein und erklärte, die Auffassung des Reichsministers v. Kottell über die Souveränität der Länder sei ihm geradezu ungläubig erschienen. Der Redner bekennt sich als Anhänger des gegliederten Einheitsstaates, der von innen heraus kommen müsse. Durch den jetzigen provisorischen Finanzausgleich hat man ja doch Bestimmungen getroffen, die tatsächlich lebensunfähigen Gebieten auf Kosten der Lebensfähigen aufrechterhält. (Sehr richtig.)

Was der sinnlose Verbleib der Gesetzesarbeit in den Ländern müsse endlich aufhören. Außerordentlich hemmend wirkt auch, daß die deutsche Verwaltungsreform noch immer nicht durchgeführt worden ist. Die bayerische Verwaltungsreform wäre niemals durchgeführt worden, wenn die finanzielle Abhängigkeit Bayerns vom Sparen erzwungen hätte. Durch die Biersteuerentschädigung in Höhe von 45 Millionen Mark ist Bayern dieser Notwendigkeit vom Sparen erzwungen worden. Hier handelt es sich um eine Dotation, die die allgemeine Verwaltungsreform im Reich hindert. Die Verwaltungsreform kann aber nur mit einer Steuerreform verbunden werden. Man darf dabei nicht um das Problem des Gleichmaßes zwischen Reich und Ländern herumgehen. Dr. Reinhold erinnert in diesem Zusammenhang an die von ihm in seinem Ministerium durchgeführte kleine Verwaltungsreform und erklärt, daß diese auch von anderen Ministereien durchgeführt werden könnte. Vor allem müssen wir aber zwei Forderungen besonders aus sozialhygienischen Gründen erheben: 1) Maß unbedingt und sofort der Abbau der Zuckersteuer und eine höhere Besteuerung des Schnapses erfolgen. Auch das Branntweinmonopolgesetz muß endlich verabschiedet werden. Eine wirkliche Verwaltungsreform kann nur erfolgen durch eine Reform des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern. Das Steuerhölle muß sozial gerecht und wirtschaftlich tragbar gestaltet werden. Die Steuerverwaltung darf nicht durch die Gesetzgebung unbelastet werden. Die Steuerreform muß kommen; denn das jetzige System ist zu unübersichtlich. Notwendig ist ferner vor allem die Herabsetzung der Höhe unserer Einkommensteuer im Sinne der demokratischen Verfassung. Es ist geradezu unhaltbar, daß die große Arbeit aufgewandt wird, um noch Lohnsteuer zurückzahlen zu müssen. Eine Vereinfachung der Verwaltung der Steuererhebung ist unbedingt notwendig. Besonders dringlich ist aber die Herabsetzung der Einkommensteuer besonders für die mittleren Klassen unseres Volkes. Aus volkswirtschaftlichen Gründen kann auch die Kapitalertragsteuer nicht mehr aufrechterhalten werden. Es handelt sich dabei um die Abgabe von 10 Prozent an allen fast verzinslichen Papieren. Die Streichung dieser Steuer würde durchaus nicht die Einnahme des Staates schmälern, weil die Beträge durch die Einkommensteuer wieder hereinfließen würden. Die Kapitalertragsteuer verhindert den Zustrom von billigem, ausländischem Kapital und täuscht außerdem dem Auslande einen höheren Zinsfuß vor, als wir ihn tatsächlich haben. Wir brauchen in Deutschland für unseren wirtschaftlichen Aufschwung das Vertrauen und die Kapitalanlage des Auslandes, ganz besonders in diesem Jahre. Die Demokraten würden sich hier ein besonderes Verdienst erwerben, wenn sie diesen Gedanken zu dem Hergen machen würden. Dr. Reinhold legte dann die Gründe dar, die für die Ausgabe der fünfprozentigen Reichsanleihe sprechen. Es sei nicht richtig, daß er die Referenzen aufgedrückt habe, er habe diese vielmehr der Wirtschaft für volkswirtschaftlich nützliche Zwecke zur Verfügung gestellt. Die Herabsetzung des Zinsfußes ist ein großes Verdienst des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht gewesen. Ich bekenne mir, daß ich eine Anleihe herausgegeben habe, die ich nicht selbst als Minister habe verwenden können.

Das Kabinett hat übrigens einstimmig die Aufnahme dieser Anleihe beschlossen. Die Anleihe sollte auch die Zinsherabsetzung wieder beschleunigen. Notwendig ist aber, daß die Kapitalertragsteuer beseitigt wird, um einen größeren Zinsfuß der Anleihe zu ermöglichen. Mit der Anleihe war auch beabsichtigt, daß der Kapitalmarkt des Jahres 1927 nicht vom Reiche in Anspruch genommen werden sollte, daß vielmehr die

in Aussicht gestellte finanzielle Abfindung der Kirche seitens des Staates hinauszuweisen oder zu ersetzen durch eine bindende Zusage einer bemessenen und gesteigerten Zuschusspflicht, ist nicht im Sinne der Demokratie. Wir sind durchaus über die französische Meinung, eine solche Trennung von Staat und Kirche herbeizuführen, bei der die Kirche nicht geschont erhalten kann. Es liegt aber nach unserer Meinung im Interesse der Kirche, daß sie auf die freiwillige Abfindung des sogenannten Kirchenhofes angewiesen ist. Der Zustand, daß der Staat für die Kirche das Geld einsetzt, ist unmöglich für die Kirche. Das Zentrum habe die Rechtsformen gewissermaßen nur auf Befehl Roms mitgemacht, um das Konkordat mit denen durchzuführen, die sich bereit erklärten, es anzunehmen. Die Demokraten müßten in dieser Frage eine unangelegene Linie der Opposition einnehmen. Auf keinen Fall dürfen Schlußreden in das Konkordat einbezogen werden. Entgegen der Auffassung des Reichsfinanzlers Marx müsse betont werden, daß die Bestimmungen des dazw. Konkordats weder mit dem Wortlaut noch mit dem Sinn der Reichsverfassung übereinstimmen. Es ist nicht angängig, daß die Gewissensfreiheit, die die Verfassung sowohl den Erziehungsberufen als den Lehrern und allen übrigen erteilt hat, in irgendeiner Weise zerstört wird. Er hat auch nur diejenige Unterweisung Wert, hinter der die freie Lehrpersonlichkeit steht. (Leb. Beifall.)

Professor Laidde äußerte sich über die Zustimmung der Demokraten zum letzten Reichsgebot dahin, daß sich die Partei grundsätzlich nicht des Mittels der Ablesung eines Staats berauben dürfe, um der jeweiligen Regierung ihr Mißtrauen auszusprechen. Die Steigerung des Mißtrauens in den Jahren 1924 bis 1927 sei größer als in der Zeit vor der großen Militärvorlage von 1914 —, erstensdiesem habe die Partei den Minister Geßler jetzt nicht mehr — zu deduzieren. Mit der Mißtrauensfrage hängt eng zusammen die auswärtige Politik u. da dürfe man uns nicht vom Ausland vorfallt können, daß Deutschland aufstehe. In der Frage der Rheinlandräumung werde man eine frühere Räumung erreichen können, wenn Deutschland sich nicht selbst die Lage verschere. Die Räumung des Rheinlands liege die absolute politische und moralische Konsequenz der Locarno-Politik. Deshalb müßten wir uns aber den Rufen freibleiben und nicht zulassen, daß durch die Politik der wasserländischen Verbände außenpolitische Schwierigkeiten entstehen.

Der Preussische Handelsminister Dr. Schreiber wies auf die Dringlichkeit des Schutzes der Interessen des gewerblichen Mittelstandes hin, der die größten Lasten aus der Inflation habe tragen müssen. Die Partei habe in ihrer Gesamtheit auf dem Standpunkt, daß der selbständige Mittelstand keine verbindende Berufspflicht hat, sondern im Gegenteil eine große ausgleichende Rolle zwischen links und rechts spielt. Der selbständige Handwerker sei der Träger deutscher Qualitätsarbeit. Der Mittelstand müsse sich aber der modernen technisch-organisatorischen Entwicklung anpassen. Von besonderer Wichtigkeit sei die Lösung der Wohnungsfrage, und es sei eine große soziale Aufgabe der demokratischen Partei, eine soziale Gesetzgebung zu schaffen. Die Wohnung müsse zu einer wirksamen Hygiene entwickelt werden. Ein Mieterrecht zu finden, das den Interessen des Vermieters und des Mieters entspricht, sei Aufgabe der Partei. In der Sozialpolitik müsse die Arbeiterschaft mehr als bisher in den Organisationsprozeß des Staates eingegliedert werden. Heute sei der Gegensatz zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Deutschland vielfach größer als in allen anderen Ländern. Der Bergsgemeinschaftsstande dürfe von den Arbeitgebern nicht geführt werden im Kampf gegen die Gewerkschaften; denn diese hätten sich große Verdienste erworben. Die Arbeitnehmer müßten aber auch geistig und gesellschaftlich emancipiert werden. (Leb. Beifall.) Es komme darauf an, daß die Arbeiterschaft an ihre Zukunft glauben lerne. Der Arbeitgeber müsse seine Aufgabe darin erblicken, den Arbeitnehmer als Menschen zu gewinnen. Auch in Deutschland müßten wir endlich lernen können, daß wir nur ein Verdienst nach der eigenen Leistung verdienen. (Leb. Beifall.)

Dipl.-Ing. Graf erhebt Bedenken dagegen, die Qualitätsarbeit durch massenhafte industrielle Erzeugung zu ersetzen. Die Arbeiterindustrialisierung sei tatsächlich vorhanden. Fraglich sei es, ob überhaupt eine Lösung des Erwerbslosenproblems ohne eine Berufsumsicht möglich ist. Maßstäblich werde es nicht zu umgehen sein, die überflüssigen Industriearbeiter dem Lande zuzuführen. Hier liege eine große Aufgabe der demokratischen Partei.

Professor Heideberg bezeichnete die Lösung der Wohnungsfrage durch Mietschöpfung als untragbar. Bismier mußte in der Frage der Wohnungsbauprogramm durchzuführen werden. Inzwischen einer Regierungskoalition dürfe die Partei nicht allzu große Opfer bringen. Der Gegensatz der demokratischen Partei zum Zentrum sei besonders heute sehr groß, so z. B. in Preußen. Klammern sich ein einschüderendes Eintreten auch für die wirtschaftlichen Belange der einzelnen Wirtschaftsklassen, weil sonst anstelle der politischen Parteien wirtschaftliche Splitterparteien sich entwickeln können.

Reichsminister A. D. Dr. Dernburg, beifällig begrüßt, hob hervor, daß Matheman ein Opfer gerade der Kreis geworden ist, die jetzt die ihm begründete und für Deutschland notwendige Außenpolitik in der Reichsregierung führen sollen. Durch den Eintritt der Deutschen in die Reichsregierung sei eine Vertiefung der internationalen Beziehungen eingetreten. Wer sollte, auch wirtschaftlich dem Deutschen Reich treuen, wenn eine Regierungspartei die Befestigung der Republik und die Wiedereinrichtung der Monarchie betreibt? Der Wehrer tritt noch ein für Vernehmung der Ausbürger und Sentung der Kassen der Wirtschaft im Sinne der Politik Reichs. Die Republik werde leider auch von gewissen chauvinistischen Kreisen der Auslandsdeutschen fortgesetzt gefördert. Diesen Kreisen müsse deutlich gemacht werden, daß eine solche Haltung nicht geeignet ist, die Quasiabschönungsansprüche der Auslandsdeutschen innerhalb des deutschen Volkes zu unterstützen. Die demokratische Partei müsse Torwächter des internationalen Anschlusses bleiben. (Beifall.)

Regierungsrat Vogt-Reinhold schloß sich für die Annahme einer Aufhebung des Beamtenausbelegens ein, die eine sofortige Verbesserung der Beamtenentlohnung verlangt und prüft dem demokratischen Beamtenvertreter im Reichstag, dem Abgeord-

neten Schuld-Stogitz, den Dank der demokratischen Beamten für seine treffliche Beamtenpolitik aus. Weiter bittet er um Annahme einer Entlassung, die das Göttinger Beamtenprogramm der Demokraten ähnlich dem geteilten vom Parteitag vorzuschicken, „Beamtenprogramm“ als Anhang zum Parteiprogramm feststellen will. Er schließt mit einem Dank an den Parteivorstand und die demokratischen Fraktionen der Parlamente für ihre erfolgreiche Vertretung der Beamteninteressen.

Reichsminister Dr. Graf-Berlin fragt, wie die Demokraten noch in der Opposition unabhängig von den Sozialdemokraten gehen wollten.

Dinnerier-Kautzsch überbringt die Grüße der demokratischen Partei des Saargebietes (Leb. Beifall.). Er bezeichnet die enge Verbundenheit des Saargebietes mit Deutschland als eine Selbstverständlichkeit und schließt mit einer Schilderung der Zerplitterung im demokratischen Lager im Saargebiet, wo sich außer der demokratischen Partei noch eine Deutsch-Saarländische Volkspartei gebildet habe, die angeblich

Am Sonnabend, dem 14. Mai, wird die Deutsche Theater-Ausstellung Magdeburg 1927 feierlich eröffnet

Die Ausstellung hat mit über Deutschlands und Europas Grenzen hinaus lebhaften Widerhall gefunden, und es ist damit zu rechnen, daß eine große Anzahl von Besuchern, darunter eine Reihe führender Persönlichkeiten der Behörden, der Wirtschaft und der Presse zum ersten Tage der Ausstellung Magdeburg besuchen werden. In die Bevölkerung Magdeburgs ergeht daher der Ruf

Fahren heraus! Geht der Stadt Magdeburg ein der Bedeutung des Tages entsprechendes Aussehen! Reist Euch Interesse, das Ihr bisher in reichem Maße der Ausstellung entgegengebracht, durch eine milde Ausschmückung des Magdeburger Straßenbildes!

auch demokratisch sei, aber von der Demokratie offenbar nur das Wort „deutsch“ übernehmen habe.

Dr. Franzen, der der „Deutschen Saarländischen Volkspartei“ angehört, betont demgegenüber, daß er auch in dieser Partei, die vielleicht einen etwas unglücklichen Namen trage, derselbe gute Demokrat sei, der es vorher war. Auf Vorstoß des Vorsitzenden Koch werden die zu dieser saarländischen Frage eingegangenen Anträge dem Parteivorstand zur Entscheidung überwiesen. Dabei heißt Koch hervor, daß der Parteivorstand danach streben werde, unter den Demokraten des Saargebietes die größtmögliche Einheit herbeizuführen (Beifall.).

Staatsminister A. D. Sellaß bezeichnet als wichtig die Selbstprüfung und Klärung der Frage, wie die demokratische Partei zu den großen Industrie-sozialen Fragen stehe. Nachdem das Bauernprogramm seine Erledigung erfahren habe, müsse auch dieses Problem gelöst werden. Dabei weist man, wie schon Erbes betont, neue Gedanken an, weil das Alte, die Sozialdemokratie, heute nicht mehr ausreicht. Es behste, wenn man hier nicht schnell arbeite, die große Gefahr, daß ähnlich wie in anderen Dingen, Andere auch hier treten, was die Demokraten gefast haben. Zur Frage des Konkordats hob Heideberg hervor, daß bei den Verhandlungen gedacht werden müsse, daß die 20 Millionen deutscher katholischer Menschen mit ihrer nicht nur katholischen, sondern auch deutschen Seele aus ein Teil unseres Organismus sind, und in ihrer Doppelfunktion als Vertragspartner sowohl des Staates als der Kirche auch beim Staate eine ihnen gebührende Interessenvertretung finden müßten.

Ehrenoberrichter Knieß-Kosel, Mitglied des Preussischen Landtags, hebt die Verdienste der demokratischen Minister um den Mittelstand hervor. Mit großer Sorge müsse man die Erwerbslosenfrage betrachten. Notwendig sei die Aufhebung der Befristungsbeschränkung, um vielen jungen Menschen überhaupt die Möglichkeit zur Erlangung eines Handwerks zu geben.

Kulturrat Dr. Falk-Köln, Vorsitzender der Preussischen Landtagsfraktion bezeichnet es als verfehlt, wenn die Demokraten in Preußen aus der Koalition ausscheiden würden, nur weil die Partei im Reich in der Opposition ist. Auch für kein anderes deutsches Land könne diese Möglichkeit in Frage kommen. Wenn eine Annäherung in den Schulfragen an die Deutsche Volkspartei erfolge, so sei das zu begrüßen.

Hofheim-Heideberg weist auf die große Gefahr aus einem Konkordatsabschluß hin. Leider habe man bereits in der Weimarer Verfassung dem Konfessionalismus mit einigen Artfellen Einlaß verschafft. Heute habe Art. 146 der Reichsverfassung, der die Gemeinschaftsschule zur Regelschule machen will, vielfach überhaupt keine Geltung mehr. Das Elternrecht sei eine der größten Erwerbungsfragen und müsse zur Elternpflicht ausgebaut werden. Die Simultanschule in Deutschland wäre als ein großer Gewinn anzupreisen. Man müsse für die Erhaltung der Simultanschule als konsequente Politik eintreten.

Nachdem sich Minister Lehrs-Baden noch über kulturpolitische Fragen verbeist, und Fißler-Suttgen erklärt hatte, er hätte der Partei bei der Abstimmung zum Reichsgebot eine beweglendere Rolle gewünscht, wurde die Aussprache geschlossen.

Für die vier Referenten übernimmt der Vorsitzende, Reichsminister A. D. Koch das Schlußwort. Er führt abet aus, daß er bei ähnlichen Anlässen, wie i. Z. bei der Flagenfrage, heute wieder ebenso handeln würde wie damals. Ich habe, so erklärt Koch, vor dem fast acconpliert dem Reichsfinanzler Luther bereits erklärt, daß der Flagenenerlaß ein casus belli sein würde, wenn in dieser Frage über unser Kopf hinweg entschieden würde. Wir dürfen die Flagenfrage auch nicht leicht nehmen.

Tausende unserer Anhänger leiden im Lande darunter, daß man der neuen Färbung nicht die Ehre zollt, die ihr zukommt. Wir haben uns alle nicht leicht zum Färbewechsel entschlossen. Aber die Farben Schwarz-Rot-Gold sind nun zum Symbol der Republik geworden und wenn ein Reichsminister darüber hinweggeht, zeigt er, daß er kein Verständnis für die Gefühle einer republikanischen Bevölkerung hat. Und mer heute dafür keinen Sinn hat, kann nicht an der Spitze der Deutschen Republik stehen (Sturm. Beifall.). Es handelt sich bei unserer Gegenwehr und unserer Haltung zum Flagenenerlaß auch darum, zu zeigen, daß die demokratische Partei nicht gewillt ist, mit sich spielen zu lassen.

Wenn sie auch im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei und den Deutschen Nationalen noch keine Regierungstreue herbeigeführt hat, und eine solche Krise selbst vermeiden hat, wenn dieses Vermeiden über die Grenze des Unverträglichen gehende Anforderungen an sie stellt (Sehr richtig!).

Wir sind nicht dazu da, eine deutsch-nationale Politik zumachen. In der Frage der Fürstenabfindung ist die Deutsche Demokratische Partei unerbittlich ihren alten Weg gegangen. Sie hat rechtzeitig einen Antrag auf geistliche Regelung dieser Frage gestellt. Und das Ergebnis aller Bemühungen und Kämpfe in dieser Frage war, daß die Parteien von rechts bis links sich dem demokratischen Standpunkt anschließen mußten. Schast hat uns damals verlassen mit Rückficht namentlich auf seine Stellung in America. Ich bin inzwischen fest in America gewesen, gerade zu einer Zeit, als der preussische Abfindungsvertrag schwebte. Alle amerikanischen Zeitungen schändeten! Demaschit Käußer der Monarchie! Da wurden die Dinge also gerade umgekehrt aufgesetzt (Sehr richtig!). Ich warne davon, in diesen Dingen die amerikanischen Zeitungen als maßgebend anzusehen. — Was die Frage zur Stellungnahme zur Statutnahme oder Ablehnung angeht, so handelt es sich dabei um eine Formfrage, die nicht wichtig ist. Die Sozialdemokraten haben von den acht Staats der Republik zwei abgelehnt und sechs angenommen. Auch die Stellung der Deutschen Nationalen in dieser Frage hat sich gewandelt. Es kommt nicht auf die Formelle, sondern auf die materielle Seite der Opposition an. Stresemann hat über die Stellung seiner Partei zur jetzigen Regierung gesagt: „Es gibt große bürgerliche Parteien, die es nicht wagen dürfen, reaktionäre Wege zu gehen, wenn wir dagegen protestieren.“

Wir können wirklich sagen: Es gibt eine bürgerliche Partei, nämlich die Deutsche Volkspartei, die es nicht wagen kann, reaktionäre Politik zu treiben, wenn wir dagegen sind. Diese unsere Aufgabe wird wirkungsvoller sein als die der Deutschen Volkspartei. Unsere Politik und Opposition ist selbständig nach allen Richtungen und ich würde niemals auf meinem jetzigen Posten verbleiben, wenn mir jemand zumute, die Politik der Deutschen Demokratischen Partei nicht zu unterstützen, wie es eine Nachbarteil will. Wir sind nicht unzureichend, wie es eine Sozialdemokraten willen aus dieser Regierung herauszuheben. Denn wir sind seit der Besetzung der Regierung, herausgeblieben ohne Sozialdemokraten gewesen als in Regierung mit Sozialdemokraten. Wir sind dieser Regierung ferngeblieben, weil wir eine Regierung, in der der deutsch-nationale Einfluß maßgebend war, nicht für geeignet hielten, unsererseits daran mitzuarbeiten. Die erwählten selbstbestimmten Schichten der Sozialdemokraten werden in der Mitarbeit an der Regierung Besseres wirken als draußen. Deshalb ist die Einbeziehung der Sozialdemokraten in die Regierungen zu begrüßen. Aber ob die Sozialdemokratie in die Regierung gehen will, ist nicht unsere, sondern ihre Angelegenheit. Wir können unsere Politik nur so einrichten, daß die Arbeitnehmern der Sozialdemokratie nicht dauernd Veranlassung haben, aus der Regierung auszutreten. Wenn wir mit den Deutschen Nationalen, denen wir durchaus nicht die Berechtigung absprechen wollen, sich an der Regierung zu beteiligen, in die Regierung eingehen würden, wären wir längst wieder draußen. Wir hätten die Keudell-Affäre und die Richtlinien zum Reichsfolgebuch nicht gemacht. Wir wollen im übrigen nicht verhindern, daß die Deutschen Nationalen in der Regierung einen großen Teil ihrer Anhänger entlassen werden, darunter vor allem die unglücklichen Opfer der Inflation. Nicht enttäuscht werden die sein, die durch eine Beteiligung der Deutschen Nationalen an der Regierung die Förderung ihrer reaktionären Ziele erwarten. In diesem Punkte zu wirken, ist unsere Aufgabe.

Die Locarno-Politik hat Deutschland in den letzten Jahren unendlich viel weiter gebracht, als es seine Politik des Widerstandes vermocht hätte. Sie hat die Räumung eines Teiles des Rheinlandes, die Befestigung der Kontrollkommission und die Gleichberechtigung Deutschlands im Völkerleben gebracht. Die Deutschen Nationalen sind in der Regierung jetzt beiseite genommen. Ihre Presse vertheidigt eigentlich nur noch die Aufstellung, daß durch den Eintritt der Deutschen Nationalen in die Regierung sich die bisherige außenpolitische Lage nicht verschlechtert habe. Locarno-Politik kann aber nur erfolgreich betrieben werden, wenn man ihr innerlich zustimmt. Wenn durch deutsch-nationale Geschwätzreden im Ausland immer wieder das Vertrauen gestört wird, kann man Erfolge der Locarno-Politik nicht erwarten.

Minister A. D. Koch äußerte sich dann zu Fragen des Mittelstandes und betont, daß die Aufgabe der Demokraten sei, zu verhindern, daß der Mittelstand zwischen Sozialismus und Kapitalismus zerrieben werde. Koch erklärt weiter, er würde sich freuen, wenn die beiden liberalen Parteien auf dem Gebiete der Kulturpolitik in einer Gemeinschaft zusammenhängen. Stresemann sei aber bereits am Mittwoch von seiner am Sonntag aufgestellten These abgewandt, und es scheint, daß im heutigen technischen Zeitalter ein Canosa-Gang sich nicht empfehlen ließe, als in den Zeiten Kaiseris Friedrich IV. Die Demokraten könnten auf dem Gebiete des Konkordats keine Konzeptionen machen. Auch wenn das Konkordat nicht anders entfallen würde, als dasjenige, was bereits in unserer internationalen Schulgesetzgebung festgelegt wurde, würden wir trotzdem aus grundsätzlichen Erwägungen und weil wir Herzen in unseren kulturpolitischen Tagen bleiben wollen, jedes Konkordat entschieden ablehnen. (Leb. Beifall.) Auf dem Gebiete der Kulturpolitik, des Kampfes um den Einheitsstaat, der Befestigung der Trutte und Partelle habe stets die demokratische Auffassung recht behalten. Auch unser Weg auf dem



Gebiete der Kulturgeschichte wird auf die Dauer der richtige sein. Wenn gelangt worden ist, es ist bedauerlich, daß von uns die Saat gesät wurde, daß andere aber die Früchte ernten, so sei das für uns gleichgültig. Uns genügt es, wenn wir wissen, daß diese Früchte in die Scheunen des Deutschen Reiches kommen. Die Saat, die wir gesät haben, war gut. Wir trauen uns, daß wir als vernünftiger kleine Partei in den letzten Jahren maßgebend an der Politik des Reiches beteiligt gewesen sind. Ich sage das, weil es die Macht an dem Glauben unserer Idee fester verankert wird, als er jemals vorhanden gewesen ist. (Stimm. Beifall.)

Nebenveranstaltungen.

Auf der Tagung des Reichsarbeiter-Ausschusses der demokratischen Partei, die im Zusammenhang mit dem Parteitag stattfand, und zu der 92 örtliche Arbeitnehmerschaften Delegierte entsandt hatten, und an der der preussische Handelsminister Dr. Schreiber sowie die Reichstagsabgeordneten Erkelenz, Schneider, Kemmer, Ziegler, der Landtagsabgeordnete Niebel und zahlreiche Mitglieder des Reichsminister-Kabinetts teilnahmen, wurden nach Referaten von Dr. Haudec, Diplom-Ingenieur Graf und Reichstagsabgeordneten Ziegler mehrere

Entscheidungen

angenommen, die u. a. zur Rationalisierungsfrage ausführen: „Die demokratische Arbeitnehmerschaft erkennt die Notwendigkeit der Rationalisierung der Wirtschaft an und wird wie bisher, an ihrem Teil daran mitarbeiten. Sie fordert jedoch, daß die Früchte der Rationalisierung nicht nur den Unternehmern in Gestalt höherer Gewinne zufallen, sondern in erster Linie der Lebenshaltung des gesamten Volkes, sei es in Gestalt eines dem Rationalisierungserfolg entsprechenden Absenkes der Preise, sei es in Form eines erhöhten Arbeitslohns, zufließen müssen. Darüber hinaus fordert die demokratische Arbeitnehmerschaft zur Vermeidung von Wirtschaftskrisen eine planmäßige Regelung der Produktion im Sinne der Schwarzproduktion. Insbesondere muß eine gemeinwirtschaftliche Kontrolle der nationalen und internationalen Kartelle und Trusts unter Beteiligung der Arbeitnehmerschaft erfolgen.“

Eine Entschließung zur Sozialversicherung erklärt: „Die Rationalisierung der demokratischen Arbeitnehmerschaft ist, daß die deutsche Sozialversicherung durch die bürokratische Handhabung in ihrer Durchführung gefährdet wird. Er fordert die Reichstagsfraktion auf, energig, wie bisher, auch in Zukunft Schritte zu unternehmen, um diesen Uebelstand zu beseitigen. Die jetzige Zeit erträgt keine bürokratische Verformung. Sie fordert die Übertragung der deutschen Sozialversicherung, die dem deutschen Volk helfen soll, in die verantwortungsbereite Selbstverwaltung der Beteiligten.“

Wegen der Bestrebungen der gelben Arbeiter und Werksvereinsgewerkschaften wendet sich eine weitere Entschließung, die u. a. besagt: „Die gelbe Bewegung will den Arbeitnehmer als Staatsbürger und Wirtschaftsbürger wieder in eine Dörigkeit bringen, die in schroffem Gegensatz zu den wichtigsten Freiheiten Rechte und Forderungen steht. Wir fordern Demokratie in Staat und Wirtschaft und sind untererweitert bereit, unter voller Verantwortung an der Zukunftsbewegung unseres Staates und unserer Wirtschaft mitzuwirken. Die deutschen Arbeitnehmer sind reich genug, ihre Interessen als Staatsbürger Wirtschaftsbürger und Arbeitnehmer selbständig und ohne jede Bevormundung zu vertreten. Wir wissen uns in dieser Auffassung eins mit allen Arbeitgebern, die ihre Arbeiter und Angestellten als gleichberechtigten Staats- und Wirtschaftsbürger anerkennen.“

In einer besonderen Entschließung spricht der Reichsausschuss der demokratischen Arbeitnehmerschaft den Dank und Anerkennung für die im letzten Jahre geleistete sozialpolitische Arbeit aus Angesichts der reaktionären Haltung der gegenwärtigen Regierungskoalition und der hierdurch ausgesetzten Rationalisierung der außerlichen Linsen wisse, so heißt es weiter, der Ausschuss die von ehrlichem Willen zur Überbrückung der Klassengegensätze getragene sachliche Arbeit der ihm besonders nahestehenden Mitglieder der Fraktion zu würdigen.

Kommunalpolitische Ausschüsse.

Unter dem Vorsitz des preussischen Landtagsabgeordneten Tuitzold fand eine Tagung des kommunalpolitischen Ausschusses der Deutschen Demokratischen Partei statt, an der zahlreiche bekannte demokratische Kommunalpolitiker, wie Reichsminister a. D. Kili, Oberbürgermeister Dr. Puppe, der Vorsitzende der demokratischen Reichstagsfraktion Erkelenz sowie zahlreiche Reichstags- und Landtagsabgeordnete teilnahmen. — Senator Selner-Altona sprach über:

„Die Aufgaben des neuen Städtebaues“

und erklärte einleitend, daß die Probleme des Städtebaues durchdrungen sein müßten von künstlerischem Empfinden, künstlerischer Gestaltungskraft und Wissenschaftlichkeit. Die neue Wissenschaft des Städtebaues habe nicht alle Hoffnungen erfüllt. Der Grund des Städtebaues sei bewußtes Denken der Lebensbedingungen mit dem Ziel, der Bevölkerung alle Lebensmöglichkeiten in Arbeitsstätten, Wohnstätten und auf den Straßen fernzuhalten und Erholungsflächen in genügender Ausdehnung zu sichern. Die Städte müßten in ihrer baulichen Ausdehnung neue Lebensbereiche schaffen. Der Redner erläuterte in diesem Zusammenhang die Fragen der Raumplanung, der Generalbebauungspläne und Generalverkehrspläne. Die Verkehrsfrage war, wie durch die Entwicklung des Autoverkehrs zu einer Sicherheitsfrage geworden. Fahrzeugführer und die gesamte Bevölkerung müßten in ihrer Gesamtheit das Verkehrsgesetz tun, um die furchtbare Zahl der Opfer des lässlichen Verkehrs zu vermindern. Die Politik, soweit sie mit dem Städtebau verbunden ist, sei darauf gerichtet, einer großen Gemeinschaft, die örtlich eng verbunden ist, einen Lebensraum zu gewähren, der dem Einzelnen ein Mindestmaß von Lebensfreude und Befriedigung des Ganzen läßt. Der Redner schloß mit leb-

haftem Beifall der Versammlung, es müsse gelingen, die Hauptaufgaben städtebaulicher Art im Sinne demokratischer Weltanschauung zu lösen.

An die Ausführungen des Vortragenden schloß sich eine lebhaftige Aussprache.

Eine demokratische Zeitschrift für Kommunalpolitik.

Der Kommunalpolitische Ausschuss der Deutschen Demokratischen Partei hat in seiner Bundestagung Sitzung beschlossen, eine demokratische Zeitschrift für Kommunalpolitik ins Leben zu rufen, deren Redaktion der frühere Reichsminister des Inneren Dr. Kili übernehmen soll.

Demokraten und Bauernprogramm.

In der Aussprache zum Bauernprogramm nahm Ernst Reinde, M. d. L., das Wort und führte etwa folgendes aus:

„Warum stellen wir Demokraten ein Bauernprogramm auf? Das Landvolk verlangt es. Es ist fast, nach den Methoden des Landbundes und der ebenso großgrundbesitzlich eingestellten christlichen Bauernvereine (heute nennen sie sich deutsche Bauernvereine). Ihr Vorsitzender ist der bekannte urkonservative Freiherr v. Kerckerling (von Borg) geführt zu werden. Das Landvolk will, daß es seine Geschicke unabhängig vom Großgrundbesitz selbst in die Hand nehmen muß. Es ringt nach einem neuen, die schaffende bäuerliche und gärtnerische Arbeit fördernden System. Darum haben sich Reichs- und Landesbauern- und Mittelbetriebe, deutscher Bauernbund und bayerischer Bauernbund zur deutschen Bauernschaft zusammengeschlossen. Wir Demokraten stehen diesen Bänden innerlich sehr nahe. Wir sind deswegen in erster Linie befähigt, aber auch als politische Partei im Interesse der Landwirtschaft und des Gesamtvolkes so wie so verpflichtet, der bedeutenden neuen Bewegung Weg und Ziel zu zeigen.“

So ist unser „Bauernprogramm“ entstanden. Unser Programm ist gegen die von jeder überkommene politische Begünstigung und Vorherrschschaft des Großgrundbesitzes, unser Programm ist nicht für Klassenabgrenzung, ist nicht für Trennung von Stadt und Land, sondern für Zusammenarbeit im Gesamtvolk. Es ist gegen die Reaktion und für die Republik. Gegen Umwidmung und für Freiheit und Fortbildung. Unser Programm ist also gegen Landbund und christl. Bauernvereine. Es geht mit der „deutschen Bauernschaft“. Es will die Bauernbewegung vor den Gefahren einer einseitigen Klassen- und Standespartei bewahren und das Landvolk zu lebendiger Mitwirkung im politischen Leben, zur Teilnahme an den Gütern deutscher Kultur und zur gemeinsamen Zusammenarbeit mit den fortschrittlichen politischen Parteien führen helfen. Nicht aus parteipolitischen Gründen, sondern um die Selbständigkeit und Leistungsfähigkeit der Bauern und Gärtner zu heben und dadurch dem Vaterland ein freies gesundes und starkes Geschlecht erblühen zu lassen. Im Interesse der friedlichen Entwicklung und Erhaltung des deutschen Volkes haben wir unser Agrarprogramm, unser Bauernprogramm geschaffen. Das demokratische Bauernprogramm ist kein Klassenprogramm. Es ist unser Glaube, daß für die politische und wirtschaftliche Freiheit unseres Volkes eine möglichst zahlreiche, selbständig in Landwirtschaft und Gartenbau tätige, leistungsfähige Bevölkerung von höherer Bedeutung ist. Wir Demokraten sind stolz auf die Erzeugung der deutschen Volkskraft, die sich friedliche Arbeit vom Ausland unabhängig machen wollen. Wir wollen die geschichtliche Entwicklung unserer landwirtschaftlichen Acker- und Viehwirtschaft und zum Gartenbau fortbilden. Wir müssen so handeln mit Mühsal auf die Vernehmung der industriell und geistlich tätigen Bevölkerung, die wir der heutzutage nur fürerlich, sondern auch geistlich schaffende Bauern und Gärtner ein härteres Bedürfnis nach dem Genuß häuslicher und gärtnerischer Erzeugnisse wie Fleisch, Milch, Butter, Gemüse, Obst, Wein u. s. w. hat.

Darum ist unsere Hauptforderung die Stärkung der bäuerlichen und gärtnerischen Arbeit durch Wissen und Können, durch Ausnutzung aller neuen Erzeugnisse und Erfahrungen. Wie viel mehr kann zur Pflege der landwirtschaftlichen Wissenschaft, zur Verbreitung ihrer neuen Erkenntnisse und im Interesse ihrer Jünger geschehen? Wie geht es z. B. einer großen Zahl der vielfach fachlich hochgebildeten Landwirtschaftsbeamten, die die Träger des Fortschrittes sind und für deren Fortkommen im hohen Alter wenig gesorgt ist? Unser Programm ist dementsprechend so zu umfassen: Trage der Vernehmung der bäuerlichen und gärtnerischen Betriebe. Es besteht keine Gefahr, daß die Anzahl der Bauern und Gärtner zu groß wird. Das beweisen die großen Einflüsse der bäuerlichen und gärtnerischen Produkte. Im Gegenteil, ganz Grobes hat nach zu geschahen, bis wiederhergestellt wird, was durch politische Verhältnisse in den letzten Jahrhunderten zerstört ist. Es wird Jahrzehnte dauern, bis im südlichen Deutschland der natürliche Zusammenhang zwischen Volk und Boden, und das natürliche Verhältnis zwischen den verschiedenen Schichten der ländlichen Bevölkerung hergestellt und bis die Klein- und Mittelstände in diesem Gebiete wieder zur Blüte gebracht sind werden.

Nicht die landwirtschaftliche Überlegenheit und Tüchtigkeit, sondern die politische Übermacht ist es gewesen, die besonders auch im 19. Jahrhundert die Flächen der großen Güter im östlichen Deutschland ausgedehnt und die großen Nachbarnschaften im westlichen Deutschland geschaffen hat. Durch eine tatkräftige und vernünftige Ausnutzung des Reichszielungsgebietes wollen wir unter anderem zuerst die Nachhilfe beseitigen, die aus der Stein-Badenbergischen Gebietsabgabe erwachsen sind. So sind z. B. nach offizieller Darstellung der preuss. Regierung vom Jahre 1865 allein in den 7 östlichen Provinzen 1,6 Millionen Morgen Bauerland seit 1811 in die Großgüter gezogen worden. Und es ist ferner der Besitz der großen Güter der Kleinrentenbesitzer in diesen Provinzen zum großen Teil in das Eigentum der großen Güter gekommen und ist so der beschlossene Gutstogeländer im Osten entstanden. Die

Abwanderung aus dem Osten aufzuhalten und das natürliche Zusammenleben auf dem Lande wieder herzustellen, ist die ungenügende große politische und vaterländische Aufgabe, die in Interesse von Stadt und Land durchzuführen werden muß. Sie bedeutet keineswegs eine sinnliche Feindschaft gegen die beschaffte große Güter oder gar etwa gegen fortschrittlich geführte Mutterbetriebe, denen wir z. B. auf dem Gebiete der Pflanzen- und Viehzucht Anerkennung und Dank schulden und auch in Zukunft Pflege anerkennen lassen wollen.

Die landwirtschaftliche Siedlung ist aber bisher, besonders auch nach dem Kriege so ungenügend gefördert, daß energische Eintreten für sie unerlässlich ist. Von einer übertriebenen Siedlungstätigkeit kann gar keine Rede sein. Das Gegenteil ist richtig. Hat man es doch nach dem Kriege genügt, der Densitätzahl Zahlen über die Siedlungsgebiete vorzuführen, die die tatsächlichen Verhältnisse vollkommen verfehlten. Ist es doch so hingestellt worden, als wenn z. B. in Preußen in den sieben Jahren nach dem Kriege 14 000 Siedlungen entstanden sind. Das ist nicht wahr. Sondern nach den bis jetzt vorliegenden amtlichen Statistiken sind nur 5 000 Stellen als bäuerliche Stellen von 8—25 Morgen anzusehen. Es sind auch nicht 115 000 Hofbesitzverhältnisse durchgeführt worden, sondern es sind, wenn man sich die vorhandenen amtlichen Statistiken genau ansieht, nur 5 000 Kleinbetriebe z. selbständigen Uferanordnungen und etwa 20 000 ganz kleine Betriebe zu ruhigenhalten auf die Dauer vergriffen worden.

Wie hat man es fertig bekommen, die Siedlung zu die freudigen, und wie ist es insbesondere vor dem Entgegen im Interesse der Siedlung Gebrauch gemacht worden? Wie hat die verkehrten Entlungensvorschriften des Präsidenten Siedlungsgebiete z. B. die Gütern, die sich für die Siedlung nicht eigneten, oder Republikanern, Katholiken oder Juden gehörten, angewandt!

Allein schon die gefährdeten Verhältnisse im landwirtschaftlichen Siedlungsgebiet ergeben die zwingende Notwendigkeit, daß die öffentliche Meinung und die politischen Parteien durch die Stellung genau präzipierter Forderungen aufgerichtet werden. Somit kommt wieder die Siedlung in den menschlichen leeren Großgüter- und Wohnbezirken, nach unsere Hauptaufgabe vorwärts, das gesamte Landvolk wirtschaftlich und kulturell zu stärken und zu heben.

Wir stehen vor großen Entscheidungen. Vor 100 Jahren ist die Bauernbewegung in vieler Beziehung ins Gegenteil verkehrt worden. Soll es uns heute trotz des demokratischen Wahrforts ebenso gehen? — Nein, das langgehörte Volk ist uns zu wertvoll. Die bäuerlichen Kreise beginnen, sich auf ihre demokratischen Selbstbewußtsein zu beziehen, wollen sie in den heutigen Staat einordnen und mit aller Kraft an einer Besserung der Verhältnisse mitarbeiten. Unser Bauernprogramm soll diese Entwicklung fördern und dem Vaterland dienen, das nur durch Einigkeit und durch fortschrittliche und friedliche Arbeit vorwärts kommen kann.

Sellpach hat in seiner Diskussionsrede an das Gesamtvolk erinnert, daß vor dem Beginn hat die Zukunft hat der 7. Parteitag der Demokratischen Partei hat sich mit dem beiden wichtigsten Problemen der Gegenwart beschäftigt: mit dem Einheitslohnproblem und mit dem Bauernprogramm. Nach dem schwersten Aufschwung liegt dem Parteitag ein Agrarprogramm vor. An den Arbeiten hat der Reichstagsabgeordnete R. Kanneberg neben anderen, z. B. dem preussischen Landtagsabgeordneten R. Kanneberg, ebenfalls mitgewirkt. Aus diesem Programm geht schon hervor, daß wie auch Kanneberg in seiner großen Begründungsrede ausführte, innerlich der deutschen Bauernschaft eine Umwandlung nach den verschiedenen Richtungen hin eingetreten ist. Das Bauernprogramm muß heute von ganz anderen Gesichtspunkten angefaßt werden, als das noch vor wenigen Jahren der Fall war. So Amerika hat sich neue Probleme der Rationalisierung in Standardisierung auch in der Landwirtschaft aufgetan. Der Bauer von heute, und Kanneberg wies mit Recht darauf hin, darf nicht nur Bauer, sondern er muß auch Kaufmann sein. Neue Verkaufsmethoden bereiten sich vor und müssen durchgedacht werden. Gerade bei dieser Entwicklung ist es notwendig, daß die demokratische Partei nicht absteht, sondern aktiv an der Lösung dieser Fragen mitarbeiten will. Demokratisches Agrarprogramm soll Bauernpolitik sein. Innerhalb der Agrarfrage kommt der Zollfrage natürlich eine besondere Bedeutung zu. Der Bauernschaft ist mit hohen Zöllen verbunden, die ihre Produktion verteuern, nicht geben. Zölle sind keine Alibi-mittel und Kanneberg hat klar festgestellt, daß das Zollproblem als solches nicht das Zentralproblem der Landwirtschaft ist. Mit der Gewährung von Zöllen ist die Rentabilität der Landwirtschaft nicht sicherzustellen, sondern eine ganze Reihe anderer Fragen müssen hier noch erörtert werden. Innerhalb dieses Agrarprogramms spielt natürlich auch die Siedlungsfrage eine entscheidende Rolle. Kanneberg prägte die Formel, daß wir nicht mit dem Schwerte, sondern mit der Pflege deutschen Landes sichern und neues Land gewinnen können. Damit wehren wir der Landwirtschaft und mehr den Bauernstand, schaffen soziale Aufstiegsmöglichkeiten und helfen zur Überwindung unserer Wirtschaftlichen und Wohnungsnot. Die Zeit zur Schaffung eines Agrarprogramms ist günstig gewählt. Die Bauernschaft löst sich von der Fäulnis der Großgrundbesitzer. Sie fordert ihr gleiches Recht, die Zukunft aus den eigenen Reihen zu wählen. Der Bauer geht aus seiner Einsamkeit und Gefühle zu den Demokraten und Republikanern. — In der weiteren Aussprache wurden auch vorliegende Agrarprogramm von G. Schein und W. B. d. r. eine Anzahl Bedenken vorgebracht. Demgegenüber wies der frühere obdenburgische Ministerpräsident Kanneberg an, daß die früheren obdenburgischen Ministerpräsidenten nicht in jedem Fall das vorliegende Bauernprogramm ablehnen. Es kommt nicht an jedes Wort des Programms an, sondern das ist notwendig, daß der Geist dieses demokratischen Agrarprogramms jetzt an die Bauern herangebracht werden ist.

(Schluß folgt.)

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag
Ludwig Münz, Magdeburg.
Druck: Buchdruckerei Hugo Alpers (Hilg. Ztg.), Delitzsch.

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Preis: 20 Halbpennig monatlich postfrei 6 Halbpennig. — Verleger: Hermann Knaack, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 87. — Druck: K. H. Knaack, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 87.

Anzeigenpreis: für die deutschsprachige Mitteldeutsche Zeitung 10 Halbpennig. — Anzeigen im Ausland: 1 Mark. — Anzeigenannahme durch den Verlag des „Politischen Wegweiser“: Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 87. — Druck: K. H. Knaack, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 87. — Fernsprecher: Nr. 1277.

Nummer 20

Halle (S.), 14. Mai 1927

3. Jahrgang

Quertreibereien.

Wiederzusammentritt des Reichstages — Das Schulgesetz — Zollnovelle — Das Republikstufengesetz — Die verbogenen Richtlinien — Westtarsp Kaiserrede — Das Zentrum begehrt auf — Der Kaiser-Paragraph — Die konservative Partei — Rückwärts, rückwärts Don Rodrigo! — Hergt in Beuthen — Zerbrochene Töpfe — Stresemann muß leimen — Die verzögerte Rheinräumung — Keine Truppenverminderung — Der Kampf gegen Stresemann — Eine bescheidene Frage — Der Stahlhelmtag — Drei Prinzen und drei Militärattaches.

Mit dem Wiederzusammentritt des Reichstages beginnt eine kurze Arbeitstagung, die jedoch bestimmt nicht ohne Bedeutung für die weitere Entwicklung der inneren Politik sein wird. Ob sie schon eine Krise heraufbeschwören kann, ist heute in den ersten Tagen dieses Jahresabschlusses noch nicht erkennbar, aber die Gefahr ist zweifellos vorhanden, und es wird sehr großer Anstrengungen der Koalitionsparteien bedürfen, um nicht die schlimmsten Bruchlinien so zu verärfen, daß ein Auseinanderfallen der Koalition nicht zu vermeiden ist. In sich wäre es denkbar, und es wird auch im Reichstage in diesem Sinne allgemein gesprochen, daß man möglichst alles, was nicht unbedingt erledigt werden muß, über die Sommerferien hinaus verlagert, sobald es auch nur von fern bedrohlich erscheint. Ob das Reichschulgesetz noch im Juni dem Reichstag und damit auch dem Reichstage vorgelegt wird, ist, soweit wir wissen, noch nicht entschieden. Die Müdigkeit besteht allerdings, doch scheint es, als ob eine gewisse Widerarbeit im Reichsinnenministerium herrscht, die übrigens durchaus nicht mit dem Willen übereinstimmt, das man sich ursprünglich von Herrn Dr. A. Reußell gemacht hat. Er ist, wie so viele Deutschnationalen, sehr erinnernd nur an den Grafen Kainig, an Herrn Kainig, an Hergt, sobald sie an verantwortliche Stellen kommen, von zahllosen Beispielen bezeugt, die sie vorher in der Opposition nicht kannten. Unglücklich halten sie an den Toren in Händen, der so schwer erwohnen wurde, ein und allein bedacht, ihn nicht fallen zu lassen. Sollte das Reichschulgesetz dem Kabinett vorgelegt werden, so stehen die liberalen Minister vor der sehr unangenehmen Frage, ob sie sofort Widerspruch erheben oder sich überwinden lassen sollen, um dem Parlament die Entscheidung nicht vorweg zu nehmen. Entschieden sich Stresemann, Curtius und Geiser dazu, so würde der Gehgehrn auf ein den Ausschlag wandern, der dann eine ausreichende Beschäftigung bis zum November hätte. Erst dann mit Beginn der zweiten Sitzung würde der eigentliche Kampf beginnen, falls nicht bis dahin aus anderen Gründen das Zentrum es für geraten hält, diese Frage hinauszuschieben, um einen neuen sehr bedeutenden Kampf nicht überflüssig zu den anderen Kämpfen hinzuzufügen.

Von den übrigen Vorlagen gehen die meisten vermutlich rasch durch das Ziel. Auch die Zolltarifnovelle wird man verlängern, um nicht die ganze Frage der Getreidezölle wieder in Fluß zu bringen. Nur bei dem Zuckergesetz, der um 50 Prozent erhöht werden soll, wofür man die Zuckersteuer fenden will, ist eine lebhaftige Aussprache zu erwarten. Verschieben läßt sich das nicht, da hier ein bestimmter Termin gegeben ist. Dasselbe gilt auch für das Republikstufengesetz, das am 21. Juli 1922 unter dem ersten Eindruck jener feigen ohrenlosen Vorkant gegen Frankreich in Kraft gesetzt wurde und für fünf Jahre Geltung hatte. Hier gibt es nur ein Entweder — Oder. Man muß es verlängern oder fallen lassen. Die Spitze, der von sich der schwarzblaue Nachschub kann, wird bereits sichtbar. Das Zentrum hat einmütig beschlossen, die Verlängerung zu fordern. Darob förmliche Entschließung im Reichstagen. Wir gestehen ganz offen, es ist eine peinliche Zumutung an den Grafen Kainig, den Paragraphen 23 zu schließen, der die Rückkehr des Kaisers verbietet, nachdem er eben erst in Koford so wunderschön und unbedenklich für die Wiedererrichtung der Monarchie eingetreten ist. Man soll übrigens den Grafen Westarp nicht für eine kriegerische Persönlichkeit halten. Er ist es nur äußerlich. In Wirklichkeit ist er gerade in dieser Frage immer gesonnen. Sein Freund Hergt würde ihn vermutlich nur als einen Bierlieb-Luther bezeichnen. Nach dem Novemberturnus richtete er jenes

berühmt gemordetes Schreiben an die Volksbeauftragten, in dem er um einen Geleitschein bat. Das war eine Unsehr vor dem Kaiser, wir drücken uns nicht aus, und eine Anerkennung der Republik, ehe sie verfassungsrechtlich überhaupt niedergelegt worden war. Dann entrollte er wieder die Kaiserstandarte, um sie bei Annahme der Richtlinien mit Tränenflor zu versehen. Sie wurde nicht eingepakt, dazu waren die Worte doch zu kauschulartig, aber man sollte sie einstecken in den Schrank. Nun holt er sie wieder hervor. Gerade diese Rede im heiligen Matienburg, das uns so viele Ueberrassungen beschert hat, hat das Zentrum auf das äußerste gereizt und zu einem Entschluß geerdigt. Die Deutsche Tageszeitung meint, spitzig wie sie ist, die Koalitionsparteien sollten sich über das einmütige Gesetz vor den Reichstag bringen. Wenn dann Sozialdemokraten und Demokraten gegen das Gesetz stimmen, sei das ihre Sache. Dann umso besser, vergißt sie leider hinzuzufügen. Nichtet auch nicht nach meinen Richtlinien, sondern nach meine Taten. Sie überreicht nur die Kleinigkeit, daß gerade die Einigung nicht zu erzielen ist. Ueber den Staatsgerichtshof, über dessen Erfolg durch einen Senat des Reichsgerichtshof, über dessen Leistung hinwegzukommen sein. Eine Mehrheit, die verfassungsmäßig ausreicht, müde dafür vorhanden. Auch wir sind nicht so begeistert für die Nachspruch des Herrn Weidner, daß wir uns nur einem Senat in Leipzig fügen würden. Es kommt darauf an, welche Richter dort tätig sind. Kein Marxen und Feilischen aber gibt es über den Kaiserparagraphen und die anderen Bestimmungen, durch die Minister und die Symbole der Republik geschützt werden. Das sind wir schon den deutschnationalen Kabinettsmitgliedern schuldig, an deren Ausföhrung sonst eine vielleicht zu gehässige Kritik geübt werden könnte. Wir warten in Geduld ab, was die Koalition beschließt, da eine Zweidrittel-Mehrheit notwendig ist, haben wir noch Zeit, unser Sprüchlein nachher herzuführen.

Da wir gerade bei der Monarchie sind, soll die konservative Partei nicht vergessen werden. Sie auszulassen, wäre unrecht, weil ihr Ehrenvorsitzender Graf Westarp ist und ihr auch noch andere Reichstagsabgeordnete angehören. Selbst Herr Coelberg zählt mit. Er ist immer noch in der Partei der Richtlinien tätig. Die Konzentration haben sich wieder zur Monarchie bekannt, aber sie sind einen Schritt weiter gegangen, als es sonst üblich ist. Sie verlangen nicht nur die Wiederherstellung des Kaiserturns, also für Deutschland die Doorn-Krone, sondern auch die Wiedererrichtung aller kleinen Fürsten. Wenn schon, denn schon. Ganz unsere Meinung. Wer Deutschland einem Bürgerkrieg aussetzen will, kann das auch in größtögiger Weise tun. Vor allem erscheint es uns durchaus angemessen, eine solche Entschöpfung futz vor dem Thüringer Wahlkampf zu geben. Hier haben sich acht Staaten zusammengefunden die bis zum November 1918 durch Gottesgnaden getrennt waren, und sind sehr froh, daß sie die Grenzlinie am Aufbruch vertauschen konnten. Sie wissen wenigstens, was sie von den Deutsch-Konventionen unter der Führung des Grafen Westarp zu erwarten haben.

Nach Hergt hat eine Rede gehalten. Er sprach auf der Tagung der Stimmten in Beuthen. Das ist sehr gutes Recht. Sachlich wird man ihm sogar darin bestimmen können, daß man das polnische Verhalten gegen Deutschland als herausfordernd anliest. Weider aber ging er ein bißchen weit. Er entrollte schon künftige Pläne. Man trifft es durchaus zu, daß niemand bei uns von rechts bis links sich mit den Grenzen, wie sie Versailles gezogen hat, abfindet. Nur haben wir uns in Locarno verpflichtet, auf jede Anwendung von Gewalt bei einer neuen Grenzziehung zu verzichten, während wir uns im übrigen vorbehalten haben, sämtliche Zeitumstände durchaus in unserem Sinne zu nutzen. Daran lassen wir nicht rütteln. Herr Hergt sprach darüber, aber mehr deutschnational, als politisch, und wenn auch die angeklagte Note der Polen ausgeschlossen ist, so sind doch zweifellos in Berlin diplomatische Schritte erfolgt. Auch das wäre zu ertragen. Der Außenminister Jawelst hat in Gaudenz

eine Rede gehalten, die wieder von Beleidigungen froht und offenbar den Sinn hatte, in die deutsch-französischen Verhandlungen störend eingzugreifen. Darin beist er bereits einige Uebung. Wir haben keinen Grund, uns zu erregen, denn eine Freundschaft mit Polen kommt nicht in Frage. Wohl aber müssen französische Empfindlichkeiten geschont werden, das vorläufig den östlichen Verbündeten nicht fallen lassen wird. Stresemann, der ja nicht nur Minister, sondern auch Politiker ist, empfand das sofort als bedenklich und hat den verehrten Kollegen in Deynhäusen kräftig abgegrüßelt. Herr Stresemann weiß, daß sich die jetzige Politik nur dann fortsetzen läßt, wenn die Deutschnationalen entweder nicht in der Regierung sind, oder Verantwortungsgesicht genug haben, zu schweigen.

Die deutsch-französischen Verhandlungen verlaufen nicht glücklich. Wir sind bisher keinen Schritt weiter gekommen, und die halb offiziöse Auslösung Racher Blätter, daß die Frage der Offizierungen mit der Rheinräumung nichts zu tun habe, zeigt, daß man mehr Zeit gewinnen muß, als unbedingt notwendig wäre. In Wirklichkeit entspricht es dem Artikel 431 des Versailler Vertrages, beides zu verdrängen, denn die frühere Klärung ist abhängig von der Erfüllung unserer Verpflichtung. Da auch der englische Kriegsminister Worthington Coans im Unterhaus erklärt hat, Groß-Britannien könne keine Verminderung seiner Truppenstärke am Rhein vornehmen, sind wir also am toten Punkt angelangt. Die Ausweitungen von Locarno bleiben aus. Man kann sehr wohl die Frage aufwerfen, wie weit die Reichsregierung daran Schuld hat, daß die Verhandlungen nicht weiter gehalten werden. Die deutsch-französischen Verhandlungen werden wir nicht aufgeben, sondern wir werden uns bemühen, die Verhandlungen zu einem glücklichen Ende zu führen. Wir werden uns bemühen, die Verhandlungen zu einem glücklichen Ende zu führen. Wir werden uns bemühen, die Verhandlungen zu einem glücklichen Ende zu führen.



Nach Hergt dürfte das keine die einmalige macht und wo wir a Verständn Rede des All seine durch die raucht er Bedenklich seinen Sinn hat und haben kann, weil die Waffen fehlen. Er hat lediglich unseren Gegnern erwünschte Borwände gegen das Deutsche Reich gefertigt. Drei Hohenzollernprinzen nahmen an der Berliner Veranstaltung teil. Was das mit der Zukunft zu tun hat, ist uns schleierhaft, da sie Repräsentanten einer Vergangenheit sind. Aber die Presse des Auslandes, und nicht nur die uns ungünstig gestimmt ist, ist darüber hergefallen. Die Militärattaches Englands, Frankreichs und Italiens haben der Parade beigewohnt. Das sagt eigentlich genug. Richard May.

**Parteifreunde,
vergeßt es nicht!**
Werbet Mitglieder,
sendet Werbeanschriften ein.

Hast Du Deine Partei lieb?
Dann denke daran, daß die Beiträge pünktlich abzuführen sind. Die Stärke der Organisation hängt von der finanziellen Leistungsfähigkeit ab.